Freitag, 18. Dezember 1931
Nr. 40. Jahrg. 1931

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D

Lohnabbau an der ganzen Front

Hochkonjunktur bei den Zwangsschlichtern — 10–15 Prozent Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie — 10 Prozent Lohnabbau im Ruhrbergbau und in der oberschlesischen Montan-Industrie

Dem schafft die Notverordnung Arbeit!

Reichsarbeitsminister a. D. Rudolf Wissell (SPD), der Schlichter für Berlin und Brandenburg, steht jetzt vor der Aufgabe, bis zum 1. Januar fast 2000 Tarifverträge, die ca. 3 Millionen Arbeiter und Angestellte erfassen, gemäß der Notverordnung neu zu gestalten.

Steiermärkische Polizei erschießt Sozialdemokraten

Zusammenspiel mit Nationalsozialisten

Aus Wien bringt Hugenbergs Teunion folgende, zweifellos einseitig gefärbte Meldung:

Wie aus Voitsberg (Steiermark) gemeldet wird, fand am Mittwoch abend gleichzeitig mit einer nationalsozialistischen Versammlung eine sozialdemokratsiche Versammlung statt. Während der Versammlung erfuhr der Landjägerposten, daß im Bürgermeisteramt — die Gemeinde hat eine sozialistische Mehrheit — Explosivstoffe verborgen seien. Die Gendarmerie drang in das Bürgermeisteramt ein und beschlagnahmte 200 Handgranaten. Als das in der sozialdemokratischen Versammlung bekannt wurde, eilten die Teilnehmer zum Bürgermeisteramt, wo sich ein heftiger Kampf entwickelte. Ein Gendarm erhielt während des Handgemenges einen Messerstich ins Gesicht. Gleichzeitig wurde ihm sein Karabiner entrissen und daraus ein Schuß gegen ihn abgefeuert. Durch die gleiche Kugel, durch die der Gendarm verletzt wurde, wurde die Schriftführerin der sozialdemokratischen Versammlung getötet. Nach diesem Angriff machte auch die Gendarmerie von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Dabei wurde eine Person getötet, sechs wurden schwer verletzt. Einer von den Schwerverletzten dürfte kaum die Nacht überleben. Von Graz sind in Kraftwagen Verstärkungen für die Gendarmerie nach Voitsberg abgeangen.

*

Wie der Bezirkshauptmann in Voitsberg (Steiermark) mitteilt, wurden Verhaftungen unmittelbar im Zusammenhang mit den blutigen Zusammenstößen noch nicht vorgenommen. Zwei Personen wurden wegen Besitzes verbotener Wafen estgenommen. Im Ort herrscht Ruhe.

„Der Syndikalist“, die Zeitung der deutschen Syndikalisten, ist bis zum Ende März 1932 verboten worden. Dies ist ein derart brutales Vorgehen, daß jeder klassenbewußte Arbeiter dagegen protestieren muß.

Wo bleibt der Widerstand?

Die vierte Notverordnung beginnt ihre furchtbaren Schatten zu werfen. Die Schlichter haben überall Hochbetrieb, um die verordnete Lohn- und Gehaltskürzung noch vor dem Beginn des neuen Jahres in Wirkung zu setzen.

Den ersten großen Auftakt bildet ein

Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie

den gestern ein Schlichter, der Sozialdemokrat Robert Wissell, für die Berliner Metallindustrie gefällt hat. Danach werden die **Löhne der Facharbeiter** in der Spitzengruppe von 103 auf 93 Pfennig, die **Löhne der Hilfsarbeiter** von 77½ auf 66 Pfennig herabgesetzt, was einer

Senkung um 15 Prozent

entspricht. Der Schlichter bezeichnete die Lohnkürzung für die gelernten Arbeiter als „angemessen“. Die davon betroffenen Arbeiter dürften über dieses Urteil des Schlichters wesentlich anderer Meinung sein.

Das zweite große Lohnabbau-Diktat wurde für den

Ruhrbergbau

gefällt, worüber aus Essen wie folgt berichtet wird:

Zechenverband und Bergarbeiterverbände traten heute vormittag zusammen, um nach den Bestimmungen der Notverordnung die vom 1. Januar 1932 ab geltenden Lohnsätze festzulegen. Da die Gewerkschaften eine gütliche Einigung ablehnten, setzte der Schlichter Prof. Dr. Brahn die neuen Löhne wie folgt bindend fest:

1. Sämtliche Tariflöhne des bestehenden Tarifvertrages werden um 10 Prozent gekürzt.

2. Diese Regelung tritt am 1. Januar 1932 in Kraft und läuft bis zum 30. April 1932. Sie kann erstmalig zu diesem Termin mit monatlicher Frist gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so läuft der Vertrag mit gleicher Kündigungsfrist jeweils einen Monat weiter.

Auch dieser Schiedsspruch entspricht in seinem Inhalt den Forderungen der Zechenbarone, obwohl damit die Löhne für die Kumpels weit unter das in der Notverordnung vorgesehene Niveau vom 10. Januar 1927 herabsinken und dem tiefen Stande des Jahres 1925 entsprechen.

Dem Zwangsschiedsspruch waren Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vorausgegangen, in denen die Unternehmer die Gewerkschaften zum freiwilligen Einverständnis zu dem 10prozentigen Lohnabbau zu bewegen versuchten, was diese abgelehnt haben.

Dasselbe für Oberschlesien

Gleiwitz, 16. Dezember.

Die heutigen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters über die Löhne der oberschlesischen Montanindustrie auf Grund der Notverordnung blieben für den Bergbau und die Eisenindustrie ergebnislos, da die Gewerkschaften zunächst den Erfolg der von den Spitzenorganisationen beim Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Besprechungen abwarten wollen. **Für die Erzgruben wurde eine neue Lohntafel unterzeichnet, die einen Abzug von neun bis zehn Prozent vorsieht.**

Die „eiserne Front“

Die Sozialdemokratische Partei hat jeweilig mit wechselnden Parolen die Massen an sich gefesselt. Seitdem ihr die sozialistische Sonntagspredigt nicht rührsam genug erschien, hat sie auf den Kalbfellen getrommelt: Wo bleibt der zweite Mann? Und sie hat ihre politischen Parolen so schnell wie ein Hemd gewechselt: gestern trommelte sie noch die „republikanische Front“; heute ist es die „eiserne Front“. Eiserne Front? Sie wird zeigen müssen, ob sie eisern ist. Mit der Republik ist kein Hund mehr in diesem kalten Winter vom Ofen wegzulocken. Das hat nun auch endlich der sozialdemokratische Parteivorstand begriffen. Eiserne Front? Die Massen wollen wissen, wessen Front sie ist, gegen wen sie gerichtet ist.

Wir wollen hinter diese Frontkulisse leuchten und die Frage beantworten.

Solange die deutsche Bourgeoisie noch zu schwach war, um allein zu regieren, solange sie die SPD als schützende Kulisse vor der Ausbeutung des Monopolkapitals brauchte, gab es im politischen Parteiensystem Deutschlands drei Hauptgruppen: die nationale z. T. monarchistische Rechte, die kommunistische Linke und die republikanisch-bürgerliche Mitte, deren gemäßigt linken Flügel, um das „Berliner Tageblatt“ zu zitieren, die Sozialdemokratie bildete.

Solange diese Mitte stark genug war, die Regierung parlamentarisch zu bilden, blieb Deutschland eine parlamentarische Republik mit starkem Ueberwiegen des bürokratischen Einflusses. Die Minister kamen und gingen, die Ministerialräte aber blieben.

Bei diesem Kräfteverhältnis bildete sich die Ideologie des republikanischen Volksstaates, gesalbt mit einem Tropfen sozialen Oeles und getauft im Weimarer Geist, der sonntäglich mit geschraubten

„Schmieder der eisernen Front“

Leipart, Breitscheid und Wels verteidigen die Tolerierung

Die Verlegenheit im Lager der Gewerkschaftsbürokratie kennt keine Grenzen, die Massen sind ob der Notverordnung Brünings entsetzt und berennen die Gewerkschaften immer heftiger, damit diese endlich von ihrer Macht Gebrauch machen. Dazu besteht nun keine Neigung.

Einen neuen Beweis dafür liefert der Entwurf einer Kundgebung, zu der die Spitzenvertretungen der Sozialdemokratischen Partei, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Reichsbanners am 16. Dezember im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zusammengetreten sind.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, begrüßte die Anwesenden und wies in seinen Einleitungsworten auf die Bedeutung der Tagung als einer Stellungnahme zur neuen Notverordnung und zur Lage im allgemeinen hin. Die gemeinsame Front aller Gewerkschaften wäre im Kampfe um die neue Notverordnung bis zur letzten Stunde aufrechterhalten worden, und so sei es auch gelungen, einigen Einfluß auf die letzten Entscheidungen der Regierung zu gewinnen.“ Bescheidener kann man seine Erwartungen wohl kaum spannen, doch Leipart schwang sich auch zu neuer Drohung auf. Nachdem er der Arbeiterbewegung die Aufgabe zugewiesen hatte, „mit dazu beizutragen, daß die angekündigte Senkung der Preise auch mit allem Nachdruck durchgeführt werde“, erklärte er nämlich mit erhobener Stimme: „Man werde nicht verfehlen, im Falle eines Mißerfolges die Regierung an das gegebene Versprechen zu erinnern.“ Eine weitergehende Aktion scheidet offenbar für Leipart von vornherein aus.

Auch der Reparationen wurde von Leipart wieder gedacht, wobei der Redner die nachgerade etwas abgeleierte Behauptung wiederholte, daß diese „wesentlich zur Erschütterung der ganzen Wirtschaftslage beigetragen hätten“. In diesem Zusammenhang rief Leipart:

„Schluß mit den Reparationen! Denn was gut zu machen gewesen wäre, sei längst abgetragen worden. Die Nationalsozialisten befänden sich im Irrtum, wenn sie behaupten, sie wären die ersten, die sich für die Freiheit Deutschlands eingesetzt hätten. Von dieser Stelle rufe er erneut die Arbeiter der ganzen Welt dazu auf, nicht länger der Herrschaft der Reparationen den Nacken zu beugen. Was aber die Notverordnung betreffe, so bleibe bestehen, daß der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten auferlegt worden seien. Es liege aber nicht im Interesse der Arbeiterschaft, einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Was jetzt nottue, sei, den Glauben an die Zukunft zu bewahren und das Vertrauen zur eigenen Stärke und zur Stärke der Organisationen zu erhalten.“

Nach Leipart ergriff Breitscheid das Wort, dessen Rede auf denselben Ton abgestimmt war. Immerhin entglitt ihm das Geständnis, **daß „die Lohnreduzierung auf den Stand vom Januar 1927 genau nach dem Programm der Unternehmer, in Wahrheit den Abbau auf 1925 bedeute.“** Unbedingt, also forderte Breitscheid, muß der Lohnabbau von einem entsprechenden Preisabbau abhängig gemacht werden. Das ist natürlich nur ein Wunsch, der von der Regierung ebenso wenig beachtet werden wird wie all die SPD-Wünsche in der Vergangenheit. Daran ändert auch der Brief Brünings nichts, der Breitscheid bei dieser Gelegenheit bekanntgab.

Zum Schluß sprach noch Otto Wels, der heftig gegen die Nationalsozialisten wetterte weil einer ihrer Meuchlingsabgeordneten es fertig gebracht habe, sich zu Mussolini zu bekennen. Seine Rede war ein einziges tönendes Pathos.

Zitaten von Goethe bis Hauptmann, vom Freiherrn vom Stein bis zu Ebert sich über die Gemeinde der Gläubigen ergoß.

In der überparteilichen Front der Republikaner gegen die Restauration der Monarchie wurde der Sinn des parlamentarischen Kuhhandels gesehen. Die daraus entspringende Politik wurde freilich mehr unter dem Gesichtspunkt von Restaurateuren, die ihre Waren einhandeln, geführt, als unter dem Gesichtspunkt staatlicher Machtpolitik. In der Volksküche dieser republikanischen Politik fehlte die Kraft und der Saft, und das Volk lernte rechtzeitig das Hungern.

Schließlich bekamen es die Wähler satt, mit der republikanischen Einheitskost abgespeist zu werden. Sie flüchteten aus den Parteien der Mitte, zuerst aus der demokratischen Partei, dann aus der Volkspartei, schließlich war der ganze linke Flügel — mit Ausnahme des Zentrums — in voller Auflösung. Die Sozialdemokratie wurde von diesem Zersetzungsprozeß verhältnismäßig spät betroffen.

Es ist interessant, zu beobachten, wie mit den wechselnden Marktlagen der republikanischen Einheitsware auch die Argumente wechselten, die die Sozialdemokratie zur Begründung ihrer Politik gebrauchte. Bis zum 14. September herrschte das absolute Bekenntnis zu „unserm" Stat vor. Die „veränderte Situation" genügte, um die Abkehr vom Klassenkampfgedanken zu verterten. Hermann Müller war schließlich nur konsequent, wenn er die Sozialdemokraten als die „Liberalen" des neuen Systems bezeichnete.

Nach dem 14. September brach diese Selbstgewißtheit zusammen. Die „Dummheit der Wähler" wurde zur Geschichtserklärung des „fortentwickelten" Marxismus und das „Durchhalten" zur Parole des Abwartens und des Tolerierens der Brüning-Diktatur, die als „kleineres Uebel" gegenüber dem Nationalsozialismus erschien. Nur außenpolitisch blieben die Parolen unverändert. Hatte es vorher schon geheißen, daß es nur eine Außenpolitik, eben die Stresemanns, also „unsere" nur geben könne, so blieb es auch jetzt dabei.

Aber dem Opportunismus sind keine Grenzen gesetzt. Setzte die SPD gestern noch auf die stolzen Rosse Stresemann-Briand-Macdonald, so sieht sie sich heute schon nach neues Typs um, um ihre wankende Stellung zu halten. Wie denn: hatte nicht Hitler so ausgezeichnete Geschäfte mit der Propaganda gegen die Reparationen gemacht? Hatten nicht selbst die radikalen Kommunisten sich den Scheringer geholt, die „Volksrevolution" und die „nationale Befreiung" propagiert? Wie alle kleinen Geschäftsleute auf hohe Zinsversprechungen ging nun auch die Sozialdemokratie auf den Leim des Nationalismus. Nichts zog mehr: der Youngplan würde den so von Herzen ersehnten Aufschwung bringen? Ach! Die Krise verschärfte sich. Das Hoover-Moratorium würde der erste Silberstreifen am Horizont des kapitalistischen Weltgewitters sein? Aber die Pleite wurde nur größer. Die Harzburger Front würde die Inflation bringen? Aber die Wähler wollten nicht als Vernunft erkennen, sich der Sozialdemokratie zuzuwenden. Wir wollen eine „eiserne Front" der Republikaner? Aber in Deutschland gibt es nur noch Republikaner, und die Sozialdemokratie fällt darin nicht auf. So sind denn also die Reparationen schuld, die Reparationspolitik, die Kapitalisten des Auslands. Die SPD schwenkt wie 1914 und 1923 in die nationale Front ein! Es gibt keine Fraktionsresolution, keine Kundgebung des Parteivorstandes, keine Ausschuß-Rede und keine Resolution der Spitzengewerkschaften mehr, die nicht gegen die Reparationszahlungen wettern würde. Fort mit den Reparationszahlungen, dann scheint wieder die schöne schwarz-rot-goldene Sonne, tönt es im Chorgesang durch das ganze Land.

Es ist nicht zuviel gesagt, daß es der Todesgesang einer Partei ist. Immer wenn die Sozialdemokratie nationalistisch wurde, folgte der politische Zusammenbruch auf dem Fuße.

Aber 1914 und auch noch 1923 wurde die nationalistische Politik von einer nationalistischen Welle in der Arbeiterklasse getragen. In diesem Winter fällt die Arbeiterschaft auf die Sirenengesänge der sozialdemokratischen Loreley nicht hinein; es wird ein Winter ihres Mißvergnügens werden.

Die Sozialdemokratie fordert von ihren Mitgliedern Burgfrieden; sie sollen nicht diskutieren, nicht operieren. Die sozialdemokratische Staatsbürokratie sorgt inzwischen dafür, daß der Weihnachtsfrieden dem deutschen Volke erhalten bleibt. Es wird ihnen nichts nützen! Die Frontstellung dieses Winters ist zu klar: es ist nicht die republikanische, nicht die eiserne, nicht die nationale Front. Es ist die Klassenfront! **Die sozialdemokratische Partei steht jenseits der Barrikaden: die sozialdemokratischen Arbeiter, die Monat für Monat mit Versprechungen, Beschwörungen hingehalten wurden, werden, wenn es ernst wird, auf der andern Front aufmarschieren.**

Die Nazis entlarvt:

Schachfiguren der Schwerindustrie

Die kürzlich von uns zuerst der Oeffentlichkeit mitgeteilte Verständigung zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie hat großes Aufsehen erregt. Nunmehr bringen die Zeit-Notizen in der folgenden Meldung nähere Einzelheiten über den Inhalt dieser Abmachungen.

ZN. Berlin, 15. Dezember 1931.

Zwischen dem französischen Botschafter in Berlin, Herrn André François-Poncet einerseits und den Herren Flick, Vögler und Wiskott andererseits fand am 19. November 1931 eine abschließende Besprechung statt, deren Zweck war, eine prinzipielle Einigung zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie herbeizuführen. Die Verhandlungen waren privat, und Herr François-Poncet trat in ihnen als Vertreter des Comité des forges auf. Das geschah jedoch mit Kenntnis und Billigung der französischen Regierung, die sich damit mit den Interessen der französischen Schwerindustrie identifiziert oder wenigstens solidarisiert. Inwieweit die drei deutschen Industrievertreter die deutsche Regierung vorher oder nachher in Kenntnis gesetzt haben, ließ sich nicht feststellen.

Das am 19. November getroffene Abkommen enthält drei Punkte:

1. Die endgültige Einigung der deutschen und französischen Schwerindustrie muß vor der Inangriffnahme der Reparationsfragen perfekt werden. Die französische Regierung erklärt sich bereit, in diesem Falle Zugeständnisse in der Reparationsfrage zu machen und zwar im Einvernehmen mit Us-Amerika. Diese deutsch-französische Industrievereinbarung gilt nur für diejenigen Unternehmungen, die in internationalen Kartellen organisiert sind.

2. Die deutsche Schwerindustrie wird Vorschläge machen in der Frage der französischen Sicherheit.

3. Von deutscher Seite sind dem französischen Unterhändler vollkommen befriedigende Versicherungen darüber gegeben worden, daß mit einer Alleinregierung der Nationalsozialisten nicht zu rechnen sei. Für den Fall, daß eine Beteiligung Hitlers an der Reichsregierung nicht vermieden werden könne, werde vorher eine Fühlungnahme mit dem französischen Geschäftspartner stattfinden, um die auswärtigen Verpflichtungen Deutschlands — oder der deutschen Schwerindustrie! — von dem nationalsozialistischen Führer gleichfalls garantieren zu lassen.

Nach unserer weiteren Information bedeutet Punkt 1 die praktische Vorwegnahme der weiteren Aufschiebung aller deutschen politischen Schulden (Reparationen) in Uebereinstimmung mit der Regelung der französischen (und anderer alliierten) Schulden aus dem Kriege an USA. — Die Bevorzugung der Mitglieder der großen Kartelle ist selbstverständlich.

Punkt 2 ist deshalb interessant, weil hier drei deutsche Privatleute, allerdings repräsentative Schwerindustrielle, sich erbieten das französische Bedürfnis nach politischer und militärischer Sicherheit zu befriedigen, und daß der französische Botschafter dieses Anerbieten für genau so vollgültig hält, als ob es ihm von der deutschen Regierung selbst gemacht worden wäre.

Wie in Punkt 2 für die deutsche Regierung, übernehmen in Punkt 3 die deutschen Unternehmer Garantien für die NSDAP, ja für den Gang der deutschen Politik und die künftige Reichsführung. Zu den Erklärungen über den Kopf des Herrn Hitler hinweg können sie sich wohl deshalb für befugt halten, weil gerade die drei auftretenden Herren zu den großen Geldgebern der Nationalsozialisten gehören. Herr François-Poncet, der genaue Kenner auch der französischen Kulisse, hat Grund zu der Annahme, daß auch in Deutschland die Regierungsbeteiligungen von den Unternehmern mit den Machthabern und den Parteiführern ausgehandelt werden und daß deshalb ihre Erklärungen voll zu nehmen sind. Der letzte Satz bedeutet also, daß Herr Hitler und seine Leute auch als Inhaber von Regierungsstellen von den deutschen Auslandsverpflichtungen politischer und privater Natur (Reparationen und Schulden) nicht weniger und nicht mehr als das anerkennen werden, was die deutsche Schwerindustrie anerkennen wird.

Die private Vereinbarung zwischen dem französischen Botschafter und den deutschen Industriellen nimmt als Ganzes das Wesentliche dessen voraus, was offiziell dem deutsch-französischen Komitee vorbehalten ist.

Severing verbietet Parteiversammlungen

Die preußischen Ausführungsbestimmungen zum Versammlungsverbot

Berlin, 17. Dezember

Der preußische Minister des Innern hat eben Ausführungsbestimmungen zur Durchführung der Notverordnung erlassen, in denen über die Handhabung des Uniformverbots unter anderm bestimmt wird:

Das Verbot bezieht sich sowohl auf Abzeichen jeder Art, also auch auf die üblichen kleinen Ansteckнadeln, als auch auf jede einheitliche Kleidung, wenn die Abzeichen oder die einheitliche Kleidung die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen.

Der Minister weist zur Vermeidung von Zweifeln ausdrücklich darauf hin, daß das Verbot nicht für das Tragen der Reichs- und Landesfarben gilt, sofern nicht dadurch die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung gekennzeichnet werden soll.

Damit ist also das Tragen von roten Fahnen ausdrücklich verboten worden. Die Arbeiter werden gut daran tun, in Erinnerung zu behalten, daß das Verbot der roten Fahne von einem sozialdemokratischen Minister ausgeht, der mit seiner Ausführungsbestimmung das in dem Kapitel II des achten Teils der Notverordnung des Reichspräsidenten keineswegs so klar herausgearbeitete Verbot von Abzeichen auch auf die Farbe des kämpfenden Proletariats erstreckt hat.

Ueber die Frage, was unter dem Begriff „öffentliche Versammlung" zu verstehen sei, sagt Severings Runderlaß das folgende:

„Es kommt maßgeblich darauf an, welchem Personenkreis die Teilnahme gestattet ist. Oeffentlich ist grundsätzlich jede Versammlung, zu der der Zutritt sich nicht auf vorher namentlich oder sonst individuell bezeichnete Personen beschränkt, sondern, sei es auch unter Erfüllung gewisser Bedingungen, jedem gestattet ist. Vereinsversammlungen sind nicht ohne weiteres nichtöffentliche Versammlungen; vielmehr sind Versammlungen der Mitglieder eines Vereins, die nicht einen in sich abgeschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen bilden, als öffentliche Veranstaltungen anzusehen. Die innerliche Verbundenheit von Vereinsmitgliedern wird in der Regel auch dann fehlen, wenn es sich nicht um das Zusammenkommen von Mitgliedern einer Ortsgruppe und dergleichen handelt, sondern um eine Veranstaltung, zu der sich alle gerade am Orte befindlichen Mitglieder einer großen Partei oder Vereinigung einfinden können."

Unsere Genossen wissen jetzt also, woran sie sind. Die „innerliche Verbundenheit" der Versammlungsteilnehmer, die ein Merkmal für statthafte Versammlungen geworden ist, wird kaum jemals gegen den Willen der Polizeiorgane nachgewiesen werden können.

Das Versammlungsrecht ist damit vernichtet.

Arbeiter ohne politisches Recht

Polizei-Terror gegen Mitgliederversammlungen der SAP

Berlin, 17. Dezember.

Wie groß die Furcht der Bourgeoisie ist, erhellt aus der Tatsache, daß nach den Ausführungsbestimmungen in Preußen und anderen Ländern auch Mitgliederversammlungen verboten werden können. Bei dieser Auslegung der Notverordnung marschieren die Sozialdemokraten an der Spitze. Severings preußische Ausführungsbestimmungen — über die wir an anderer Stelle näheres mitteilen — machen der revolutionären Arbeiterschaft auch die Selbstbesinnung in großen, zentralen Mitgliederversammlungen völlig unmöglich. Grzesinski, der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident, hat schon vor dem Erscheinen der Severingschen Ausführungsbestimmungen mit den gegen öffentliche Versammlungen gerichteten Brüningschen Diktaturgesetzen die Berliner Mitgliederversammlung der SA Pverboten. Jetzt, nach dem Severingschen Erlaß, hat er einen neuen, auch formal völlig einwandfreien

zweiten Versuch, eine Berliner SAP-Mitgliederversammlung abzuhalten, ebenfalls zuschanden gemacht.

Die sehr merkwürdige Begründung, die beim ersten Verbot mit ins Feld geführt worden war, daß zwei Organisationen (SJV und SAP) eingeladen hätten und daher die Veranstaltung nicht mehr geschlossenen Charakter trüge, war von der Berliner Bezirksleitung bachtet worden, indem nur noch die SAP zur zweiten Versammlung einlud. Tut nichts — die SAP-Mitglieder dürfen nicht zusammenkommen, es könnte dem bürgerlichen Staat und — — der Sozialdemokratischen Partei gefährlich werden. Sollte etwa die SPD das Versammlungsverbot als Bedingung für die weitere Tolerierung gestellt haben?

Man könnte fast auf diesen Verdacht geraten, wenn man diese Handhabung des Versammlungsverbots durch sozialdemokratische Innenminister und Polizeipräsidenten sieht. Denn zur gleichen Zeit beruft die Sozialdemokratische Partei in Berlin Kreismitgliederversammlungen ein, deren Besucherzahl — dank der größeren Mitgliederzahl der SPD und der günstigeren Besuchsmöglichkeiten bei der Begrenzung auf die einzelnen Kreise — in dem einen oder anderen Falle wahrscheinlich nicht weit hinter dem Besuch einer zentralen Mitgliederversammlung der SAP zurückbleiben dürfte. Allerdings kann sich der bürgerliche Staat den Luxus leisten, diese Versammlungen zu gestatten; denn der Funke der revolutionären Aktion wird in ihnen sicher nicht entzündet werden; man wird im Gegenteil, wo er in der Mitgliedschaft durch das Vorgehen der Bourgeoisie schon entzündet ist, mit allen Mitteln ihn zu ersticken suchen.

Und es ehrt uns, daß man unsere Mitgliederversammlungen anders einschätzt als die sozialdemokratischen.

Nur vor der Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz ist eben nichts mehr übrig geblieben.

Preußen würdig an die Seite stellt sich Bayern. In München hat sich dasselbe abgespielt wie in Berlin:

Auch die Münchener Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei ist von der Polizei verboten worden!

Nicht einmal diejenigen Mitgliederversammlungen unserer Partei im kleinsten Rahmen, die eine hohe Polizei zu gestatten die Güte hatte, können ungestört tagen. Als gestern abend die Abteilung Britz der Neuköllner Ortsgruppe sich versammelte, erstaunte man schon über das Aufgebot an uniformierter Polizei, das den Eingang der kleinen Gastwirtschaft belagerte.

Mitgliederversammlungen der revolutionären Arbeiterschaft, soweit sie nicht einfach brutal unterdrückt werden, nur noch unter polizeilicher Kontrolle stattfinden können.

Das sind die Methoden des Faschismus. Sie werden eingeführt von Brüning und der SPD. Und das sollen die Retter des Proletariats vor dem Faschismus sein? Die Wegbereiter des Faschismus sind sie. Aber die Furcht, die aus ihren Gewaltmaßnahmen spricht, soll sich als berechtigt erweisen!

SAP-Sieg im Metallarbeiterverband

Die absolute Mehrheit in Plauen i. V. erobert

Plauen i. V., 17. Dezember.

Die Metallarbeitergeneralversammlung am Dienstag, bei der auch die Vertreterwahlen für das kommende Jahr vorgenommen wurden, dürfte für die SPD eine Ueberraschung bedeuten. Die gesamten Vertreter waren bisher auf die SPD abgestimmt. Mit Rücksicht auf die Partei wurden alle gewerkschaftlichen Gegensätze zurückgestellt. Diesmal trat die Opposition unter Führung der SAP mit einer eigenen Liste hervor. Das Ergebnis bringt deutlich die Unzufriedenheit mit der bisherigen Gewerkschaftstaktik zum Ausdruck. Von den 50 zu wählenden Vertretern fielen der Oppositionsliste (SAP) 26 Sitze zu, während auf die SPD-Liste nur 24 Sitze kamen. In der Spitze hatten die Kollegen der Oppositionsliste die höchste Stimmenzahl. Dieses Ergebnis zeigt deutlich, daß es ohne RGO sehr wohl möglich wäre, eine geistige Erneuerung der Gewerkschaften zu erreichen.

Was in Plauen möglich ist, müßte bei intensiver, aber sachlicher Gewerkschaftsarbeit auch in anderen Orten möglich sein. Daß es nicht so ist, liegt weit weniger an den kommunistischen Kollegen, als vielmehr an dem absoluten Gehorsam, der den Moskauer Parolen entgegengebracht werden muß.

Das Ergebnis der Wahl im Plauener Metallarbeiterverband ist der Beweis dafür, daß die SAP marschiert. Besonders in den Gewerkschaften und in den Betrieben gilt es jetzt, mitzuarbeiten, um einen wirklich wirksamen Damm gegen den Faschismus aufzurichten. Die Einheit des widerstandslosen Duldens, die die SPD herbeizuführen suchte, muß ersetzt werden durch die Einheit des kämpfenden Proletariats! Daß die Sozialistische Arbeiterpartei in der Lage ist, diese Einheit zu schaffen und zu führen, das beweist die erfolgreiche Arbeit im Plauener Metallarbeiterverband.

Beilage zur SAZ

1. Jahrgang Nr. 40
Freitag, 18. Dezember 1931

So wirkt die Notverordnung!

Bilder aus dem Arbeiterleben

Wir beginnen hier mit einer Reihe von Reportagen aus dem proletarischen Alltag, welche die Auswirkungen der letzten Brüning-Notverordnung anschaulich demonstrieren.

Redaktion der „SAZ"

Durch eigene Schuld ...

Heute ging auch alles schief. Erst versagte der Wecker, so daß man volle zehn Minuten zu spät aufwachte, dann riß von der einzigen Bluse der Knopf ab und mußte noch schnell angenäht werden, und dann im allerletzten Moment rief die kleine siebenjährige Schwester, an der man Mutterstelle zu vertreten hatte, sie habe Halsschmerzen, könne nicht zur Schule gehen und müsse noch einen Umschlag gemacht haben. Als das in fliegender Eile geschehen und dem Kind noch rasch einige Verhaltungsmaßregeln gegeben waren, suchte der Vater nach seiner Zeitung, die er unbedingt mit ins Büro nehmen müßte.

Aber man ließ Vater Vater und Zeitung Zeitung sein und stürzte die Treppen hinunter. In 7 Minuten ließ sich im Sturmschritt der Bahnhof erreichen — das hatte Lotte schon oft ausprobiert —, aber jetzt waren nur noch 5 Minuten Zeit. Und den Zug mußte sie erreichen. Der nächste, der aus dem Vorort in die Stadt geht, kommt erst in 15 Minuten. 15 Minuten zu spät im Büro, unmöglich! Zweimal war das schon im letzten Monat passiert; der Bürodirektor hatte sehr ernsthaft ausgesehen und Lotte darauf aufmerksam gemacht, welche Konsequenzen Unpünktlichkeit haben könnte. Und sie wußte es selbst, wußte, wie viele ihrer Kolleginnen in den letzten Monaten abgebaut worden waren, und daß man sich nichts, gar nichts zuschulden kommen lassen durfte, wenn man wenigstens einige Sicherheit vor dem gleichen Schicksal haben wollte. Und das durfte nicht kommen. Zwei arbeitslose Brüder daheim, die kleine Schwester, die etwas Ordentliches lernen sollte, und der Vater im Gehalt abgebaut. Für fünf Menschen waren Lottes 180 Mark Monatsgehalt eine Lebensfrage.

Diese Gedanken im Kopf stürmte sie vorwärts. Da — der Bahnhof! Noch eine halbe Minute bis zum Abgang des Zuges, sie hatte es geschafft. Ein letzter Anlauf — da geschah das Unglück. Auf einer Stufe glitt Lotte aus, fiel hin und konnte nicht mehr aufstehen. Vor ihren Augen wurde es schwarz.

Sie war sehr unglücklich gefallen. Das linke Bein war am Knöchel gebrochen. Mindestens sechs Wochen, meinte der Arzt, würde es dauern, bis Lotte wieder arbeiten könnte. Noch am gleichen Tage — es war der 13. Dezember — ließ sie ins Büro telephonieren. Man ließ ihr gute Besserung wünschen. Am 15. früh bekam sie einen Brief. Ihre Hände zitterten, als sie ihn öffnete. Der Chef bedauere es sehr, aber die Abbaumaßnahmen und der schlechte Geschäftsgang nötigen ihn, ihr zur gesetzlichen Kündigungsfrist, also zum 1. Januar, zu kündigen.

Als der Vater abends nach Hause kam, tröstete er sie. Sie sei ja gegen Unfall versichert. Vorläufig seien sie also gegen die schlimmste Not geschützt. Ein ausführlicher, wahrheitsgemäßer Bericht an die Unfallversicherung war bereits abgegangen. Alles hatte Lotte hineingeschrieben, daß sie sehr in Eile gewesen und daher wohl die Stufe verfehlt habe.

Und nun wartete sie. Nach ein paar Tagen kam der Bescheid: der Schadensersatz wird abgelehnt. Verwiesen wird auf die Notverordnung vom 8. Dezember, fünfter Teil, Kapitel II § 1. „Hat bei der Entstehung eines Unfalls auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte ein Verschulden des Versicherten mitgewirkt, so kann der Schadensersatz ganz oder teilweise versagt werden."

Und es war doch ihr Verschulden. Sie hätte ja zeitiger fortgehen können...

Weihnachtsfrieden

Skandalurteil in Hamburg

Hamburg, 16. Dezember.

Die kommunistischen Unruhen bei dem letzten Domtage auf dem Heiligen Geistfeld standen heute bereits zur Aburteilung vor dem als Erweitertes Schöffengericht in Sondersitzung tagenden Schnellgericht. Angeklagt waren zunächst sieben Personen. Sie leugneten sämtlich irgendeine Schuld. Zur Klärung ist ein beträchtlicher Zeugenapparat aufgeboten. Der Staatsanwalt beantragte wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Vergehen gegen die 4. Notverordnung gegen den Hauptangeklagten ein Jahr drei Monate Gefängnis, gegen einen weiteren Angeklagten ein Jahr Gefängnis, gegen vier je zehn Monate Gefängnis und gegen einen vier Monate Gefängnis, während der Verteidiger für sämtliche Angeklagte auf Freisprechung plädierte. Es wurden verurteilt: Der Hauptangeklagte zu zwei Jahren Gefängnis (!), ein Angeklagter zu ein Jahr Gefängnis, ein weiterer Angeklagter zu 1 Woche Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen und die übrigen Angeklagten aus formalen Gründen freigesprochen.

Hamburg gegen die Notverordnung

Hamburg, 17. Dezember.

Nach einer sehr stürmischen Aussprache lehnte am Mittwoch abend die Bürgerschaft einen von den Nationalsozialisten eingereichten Gesetzentwurf auf Gewährung des Rechtes der freien Meinungsäußerung mit 99 zu 48 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Für den Gesetzentwurf stimmten neben dem Antragsteller nur die Deutschnationalen. Eine sehr lebhafte Aussprache entwickelte sich auch über den Antrag der Kommunisten auf Aufhebung aller Notverordnungen. Es kam dabei zu sehr scharfen Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, die zahlreiche Ordnungsrufe zur Folge hatten. Nach stundenlanger Aussprache erfolgte in der zweiten Morgenstunde des Donnerstag die Abstimmung. Der Antrag der Kommunisten, wonach der Senat bei der Reichsregierung auf Aufhebung der Notverordnungen dringen soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 66 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der Uniformverbote wird mit 76 gegen 65 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Lübecker Kindersterben aufgeklärt

(Eigener Bericht der SAZ)

H. F., Lübeck, 16. Dezember.

Der Lübecker Calmette-Prozeß, der nun schon fast zehn Wochen dauert und keine Aussicht auf irgendeine Klärung der Dinge zeigte, hat in der Mittwochverhandlung durch die Aussagen des Sachverstandigen Prof Ludwig Lange eine sensationelle Wendung erfahren. Warum die wichtigsten Aussagen erst jetzt erfolgen, bleibt ein kleines Rätsel, das große ist gelöst.

Es gab eigentlich nur zwei Möglichkeiten, die als Ursache für die ungeheure Tuberkel-Katastrophe vom Sommer 1930 angenommen werden konnten. Entweder hat das Calmette-Mittel, der BCG., die Schuld, dann war es eine Fahrläsigkeit, die Impfung in Lübeck einzuführen. Oder in das Calmette-Mittel kamen andere Bazillen. Wiederholt wurde von der Möglichkeit gesprochen, daß menschliche Tuberkeln, von denen der sogenannte „Kieler Stamm" mit der Calmette-Kultur in einem Brutschrank aufbewahrt wurde, mit dem Impfstoff vermischt wurden. Bisher war das zweite lediglich eine Vermutung. Prof. Ludwig Lange trat nun den folgenden Beweis an:

„Es muß unbedingt eine Verwechselung im Lübecker Laboratorium erfolgt sein, durch welche die menschlichen Tuberkelbazillen des ‚Kieler Stammes' in den Calmette-Impfstoff gelangten.

Ich habe, aufmerksam gemacht durch meine technische Assistentin, beim Kieler Stamm, Merkmale entdeckt, die ich bei den Lübecker Kindern wiedergefunden habe."

Nach einer Zwischenerklärung Dr. Ihdes, des Verteidigers von Prof. Deyke, stellte Prof. Lange noch einmal das Ergebnis seiner Untersuchungen fest.

Der Prozeß wird nicht mehr im Dunkeln weitergeführt werden können. Die Frage, die am wichtigsten im weiteren Verlauf des Prozesses sein wird, ist auf die Tagesordnung gesetzt: die Schuld liegt im Lübecker Laboratorium.

Obermedizinalrat Dr. Altstädt, der vor allem für die Einführung des Calmette-Verfahrens verantwortlich ist, ist damit wesentlich entlastet. Von Schuld frei ist er nicht: er hat sich nicht genügend um den Ablauf des Impfverfahrens gekümmert. Vor allem aber hat er manches versäumt, nachdem die Katastrophe bekannt war.

Professor Deyke wird zum Hauptangeklagten, wenn er es nicht von Anfang an gewesen ist. Auch die Schwester Anna ist mitverantwortlich für die Vorgänge in der Lübecker Bazillenküche.

Wieder § 218

Ein Arzt zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt

CNB. **Limburg** a. d. Lahn, 17. Dezember.

Das Schwurgericht Limburg verurteilte gestern nach dreitägiger Verhandlung den praktischen Arzt Dr. med. Arnold Dietz, der des Verbrechens gegen § 218 in über 30 Fällen, davon in einem Falle mit tödlichem Ausgang, angeklagt war, wegen fortgesetzter gewerbsmäßiger vollendeter und versuchter Abtreibung in Tateinheit mit berufsfahrlässiger Tötung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Der Haftantrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Die beschlagnahmten Instrumente werden eingezogen. Frau Dr. Arnold Dietz wurde wegen Beihilfe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt unter Zubilligung einer Bewährungsfrist von drei Jahren. Die Kosten des Verfahrens fallen den Verurteilten zur Last.

Die Verhandlung, zu der elf Sachverständige und 70 Zeugen geladen waren, hatte drei Tage gedauert.

Werden die Berliner Staatstheater geschlossen?

Nach bisher noch unbestätigten Meldungen beabsichtigt das Kultusministerium die Schließung sämtlicher preußischen Staatstheater. Von dieser Maßnahme sollen lediglich die Oper Unter den Linden, die Wiesbadener und die Kasseler Opernhäuser ausgenommen sein. In diesem Zusammenhang verlautet auch, daß sämtliche pädagogischen Akademien bis auf sechs geschlossen werden sollen. Der Kasseler Oberbürgermeister hat sich bereits nach Berlin begeben, um mit dem Kultusministerium Verhandlungen zu führen.

100 000 Bäume vom Schneesturm gefällt

Stockholm, 17. Dezember.

Der orkanartige Schneesturm, der seit 48 Stunden über ganz Schweden wütete, hat sich in der Nacht zum Donnerstag gelegt, nachdem er der Schiffahrt und allen Verkehrsmitteln größte Schwierigkeiten bereitet hatte. Am schlimmsten war die große Ostseeinsel Gotland betroffen. Die einzige Stadt der Insel, Wisby, lag im Dunkel, da die elektrische Lichtleitung unterbrochen war; der Sturm hat auf Gotland weit über 100 000 Bäume geknickt oder mit den Wurzeln herausgerissen.

30 Häuser bei einem Brand in Norditalien eingeäschert

Rom, 16. Dezember.

In einer Ortschaft bei Brescia brach eine heftige Feuersbrunst aus, durch die infolge des starken Windes 30 Häuser vernichtet wurden. 105 Personen sind obdachlos geworden. Der Sachschaden wird auf rund 1 Million Lire berechnet.

In 13 Tagen von Australien nach England

London, 16. Dezember.

Der australische Rekordflieger Kingsford Smith legte am Mittwoch die letzte Strecke seines Fluges von Australien nach England zurück, indem er von Le Touquet in Frankreich nach London flog. Für seinen Flug hatte er insgesamt dreizehn Tage benötigt. Kingsford Smith hatte dreiviertel Tonnen Weihnachtspost von Australien an Bord, darunter 50 000 Briefe.

Amundsen-Ehrung in Leningrad

Leningrad, 16. Dezember.

Aus Anlaß des 20. Jahrestages der Entdeckung des Südpols durch Amundsen wurde im Arktischen Institut eine feierliche Sitzung zu Ehren des Polarforschers gehalten, an der außer zahlreichen Vertretern der Wissenschaft die ausländischen Konsuln in Leningrad teilnahmen. Zugleich wurde eine Ausstellung über Amundsens Forschertätigkeit eröffnet.

Für eine zweite Arktis-Expedition mit Luftschiff hat sich der Gelehrtenrat beim Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion ausgesprochen.

Wo der Kapitalismus spart

Zeichenunterricht in einer Berliner Volksschule

Infolge der scharfen Sparmaßnahmen können in dieser Schule, wie auch in vielen anderen nicht mehr genügend Stühle für die Schüler angeschafft werden. Umgestürzte Kisten müssen nachhelfen, was nicht gerade zur Hygiene des Raumes beiträgt

Schneegestöber

Dichte Flocken wirbeln in die Straßen,
wo sie sich in großen Matsch verwandeln.
Auch die Summen schmelzen in den Kassen
derer, die am Rinnstein stehn und handeln.

Alle Märchen werden so zu Wasser,
denn Frau Holle ist in diesem Winter
nicht beliebt beim großen Heer der Hasser
und gefürchtet bei dem Chor der Kinder.

Mäntel, die mit Pelzbesatz versehen,
schützen gegen Frost und Flockentreiben.
Wer gezwungen ist, zu Fuß zu gehen
ohne Schuhwerk, muß zu Hause bleiben.

In den Stuben hocken arme Leute,
duster ist's, man spart an Licht und Wärme.
Wintersport ist was für Reiche heute,
bei den andern krampfen sich die Därme.

Schippt den Schnee auf einen großen Karren,
einen Galgen setzt als Denkmal drauf.
Wenn wir es verlernen, auszuharren,
dann erst geht die Sonne wieder auf.

Karl Glas.

Die Wahrheit über den Breslauer Streik

Abwehr unwahrer kommunistischer Angriffe

Aus Breslau wird uns geschrieben:

Die KPD verbreitet in vielen Orten über den Streik der Metallarbeiter in Breslau und die Haltung des Genossen Ziegler, der den Streik leitete, die gröbsten Unwahrheiten. Gleichzeitig richtet sie in ihren Zetungen und sonstigen vervielfältigten Schreiben, die sich direkt an unsere Genossen wenden, die unflätigsten Beschimpfungen und Beleidigungen gegen den Genossen Ziegler. Auch die Redner der KPD hauen in dieselbe Kerbe. Von auswärts erhält Genosse Ziegler Zuschriften und Ausschnitte aus kommunistischen Zeitungen von unseren Genossen, aus denen zu ersehen ist, eine wie kleinlich gehässige, gemeine und verlogene Kampfesweise die KPD der SAP gegenüber für gut und zweckmäßig hält. Die kommunistische Presse steht bei diesen Angriffen auf einem derart niedrigen Niveau, daß jeder Mensch erkennen kann, das sind keine Revolutionäre, sondern schimpfende Spießbürger.

Während des Metallarbeiterstreiks in Breslau waren die Angriffe besonders zahlreich, verlogen und gemein. Man hatte den Eindruck, daß das Streiken bei der KPD noch schärfere Angriffe hervorrief wie das Nichtstreiken. Wahrscheinlich liegt das daran, daß die KPD einen größeren Streik überhaupt nicht zustande bringt, geschweige denn mit Erfolg führen kann. Die Schimpfereien richteten sich nicht gegen das ausbeuterische Unternehmertum, sondern gegen die Gewerkschaften und insbesondere gegen den Genossen Ziegler. Damit wurde den Unternehmern während des Streiks der Rücken gestärkt. Sie konnten jeden Tag in den kommunistischen Zeitungen lesen, daß die Gewerkschaftsbürokratie nur ein elendes Streikmanöver mache, den Streik bald abwürgen und die Arbeiter verraten werde.

In Balkenüberschriften brachten die kommunistischen Zeitungen: „Ein neues Schanddokument gegen Ziegler", „So kämpft der linke Ziegler", „Seydewitze verraten Metallarbeiter", „DMV-Bürokrat Ziegler von der neuen Sumpfpartei (SAP) verteidigt Unternehmerinteressen", „Beantwortet den Streikverrat der Ziegler & Co. mit Masseneintritt in die RGO", „SAP-Ziegler ein Agent der Lohnräuber". Dies ist nur ein kleiner Teil der Ueberschriften von Artikeln, die während und nach dem Streik in der kommunistischen Presse erschienen. Der Inhalt dieser Artikel war noch verlogener und schmutziger wie die Ueberschriften. ArAbeiterverräter war noch eine gelinde Beschimpfung. Die Schimpfworte steigerten sich bis: Kapitalsknechte, Verbrecher und Lohnabbaubanditen, schurkische Führer, verbrecherisches Gesindel usw. Den Genossen Ziegler sprach die kommunistische Zeitung in Breslau mit: „Dieser Halunke Ziegler . . . . . ." an.

In einem Flugblatt, daß an die Jungarbeiter des SJV in Berlin, bei denen Genosse Ziegler sprach, am 7. 12. 1931 verbreitet wurde, schreiben die Kommunisten:

„In dem vertraulichen Rundschreiben des Verbandes Schlesischer Metallindustrieller an seine Mitglieder heißt es: „Am 10. Oktober dieses Jahres fand eine Besprechung des unterzeichneten Geschäftsführers (Syndikus des Metallindustriellen Verbandes) mit den Gewerkschaftssekretär Timm und Ziegler vom DMV statt. Die Besprechung diente der sachlichen Aufklärung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführer mußten hierbei zunächst die sachliche Richtigkeit unserer Unterlagen für die Akkordrevision unwidersprochen lassen. Im übrigen brachten sie zum Ausdruck, sich bei der gegebenen Sachlage notfalls mit einer geringen Verdienstschmälerung abfinden zu können, zumal die Belegschaften im November mit einem erneuten allgeminen Lohnabbau rechnen müssen. Aus eigenem organisatorischen Interesse wäre der DMW gezwungen, dort, dort, wo die Belegschaften zur Abwehr der Akkordrevisionen in Streik treten, eine solche Arbeitsniederlegung zu sanktionieren. im übrigen behielten sie sich vor, sich später noch mit unserem Verband formell in Verbindung zu setzen."

„SJV Jungproleten! Ist das auch eure Stellung zum Lohnabbau? Seid ihr damit einverstanden, wenn eure Führer erklären, daß sie die sachliche Richtigkeit der Unterlagen für die Akkordrevision unwidersprochen lassen müssen? Seid ihr damit einverstanden, daß eure Führer dort, wo die Belegschaften in Streik treten, „dies aus organisatorischen Gründen zu sanktionieren gezwungen sind, und sich nacher mit den Unternehmern in Verbindung zu setzen" und gemeinsam die Maßnahmen für die Abwürgung des Streiks festzulegen?

Jungarbeiter des SJV! Fordert heute eine klare und eindeutige Antwort auf diese Frage von eurem Führer Ziegler!"

Manche kommunistische Zeitung hat die vorstehende Stelle aus dem Schreiben des Unternehmerverbandes schon dreimal mit langen beleidigenden Kommentaren abgedruckt. Dieses Rundschriben sollte wohl dazu dienen, den Unternehmern Mut und Ausdauer für den Kampf zu suggerieren. Die Die kommunistischen Zeitungen, Flugblätter und Redner sprechen von „einem Schanddokument, das den schlimmsten Arbeiterverrat des linken Metallarbeiterbonzen Ziegler, einem Gründer und Führer der neuen SAP, der vorgibt, Klassenkampf zu treiben," einwandfrei nachweist.

Die Antwort soll hier den Kommunisten gegeben werden. Das Rundschreiben des Metallindustriellenverbandes, das der KPD und ihrer Organe als „corpus delicti" gegen Genossen Ziegler diente, gibt den Sachverhalt nicht richtig wieder. Genosse Ziegler hat deshalb bereits am 19. Oktober 1931 an den Verband Schlesischer Metallindustrieller in Breslau ein Schreiben gerichtet, in dem eine Richtigstellung erfolgte. In diesem Schreiben heißt es wörtlich:

„Unser Standpunkt in der Lohnstreitfrage war und ist der folgende: Sie haben uns bei der stattgefundenen Unterredung ersucht, einen Vorschlag zu machen. Wir erklärten Ihnen darauf, daß wir keinen anderen zu machen in der Lage sind wie den, in den Betrieben den Anschlag und die geplanten Abzüge zurückzunehmen, worauf Sie uns erklärten, daß die Betriebe darauf nicht eingehen werden.

Ob Ihre Unterlagen, die Sie zur Begründung der Akkordrevison vortrugen, sachlich richtig sind, können wir natürlich, ohne genaue Kenntnis des Materials, der Unterlagen und der Methoden, nach denen die Statistik aufgebaut ist, nicht beurteilen. Aber selbst wenn Ihre Zahlen einwandfrei festgestellt und richtig sind, halten wir die Kürzung der Akkorde und Löhne für unberechtigt und schädlich. **Wir können und werden uns auch mit einer geringen Verdienstschmälerung nicht einverstanden erklären. Der Streik wird von uns nicht aus eigenem organisatorischen Interesse geführt, sondern weil wir es für unbedingt notwendig halten, diesen ungeheuerlichen Abbau der Akkordverdienste, wie er seit dreiviertel Jahren ununterbrochen stattfindet, mit allen Mitteln abzuwehren."**

Die KPD und ihre Organe werden, trotzdem wir ihnen aktenmäßig nachweisen, daß ihre Behauptungen unwahr sind, weiter fortfahren in den Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen den Genossen Ziegler. Sie haben bereits viele Titelseiten ihrer Zeitungen zu dieser „Entlarvung" verwendet. Und diese Partei will eine revolutionäre Partei sein!

Auch die streikenden Metallarbeiter nahmen zu den verlogenen Kampfmethoden der KPD Stellung. In einer von einigen Tausenden besuchten Versammlung der Streikenden wurde einstimmig beschlossen: „Die gehässige lügenhafte Schreibweise der kommunistischen ‚Arbeiterzeitung', die nur geeignet ist, den schweren Kampf der Metallarbeiter zu diskreditieren und zu schädigen und den Unternehmern zu nützen, verurteilen die Streikenden aufs allerschärfste."

In dem oben erwähnten Flugblatt an den SJV heißt es weiter:

„Heute abend spricht Ziegler bei euch über die Gewerkschaftsarbeit. Seine Taktik in der Gewerkschaftspolitik hat Ziegler bereits in der Praxis bewiesen. Der Schiedsspruch gegen die Breslauer Metallarbeiter, der 6 Prozent Akkordabbau vorsieht, wurde für verbindlich erklärt. Die Metallarbeiter, die gegen den Lohnraub im Streik standen, haben den Schiedsspruch gegen nur 20 Stimmen abgelehnt. Vor der Abstimmung versuchte Ziegler die Arbeiter von der Ablehnung abzuhalten, indem er erklärte: ‚Kollegen, wenn der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird, dann ist uns das Streikrecht genommen, dann können wir nicht weiter streiken'."

Diese Ausführungen sind unrichtig. Es handelte sich um keinen 6prozentigen Akkordpreisabbau, sondern um einen Abbau der Spitzenverdienste der Akkordarbeiter. Ziegler hat nie versucht, die Arbeiter von der Ablehnung der Angebote und des Schiedsspruches abzuhalten, sondern hat in Uebereinstimmung mit der Ortsverwaltung die Ablehnung empfohlen. Nachdem ein verbindlich erklärter Spruch vorlag, wurde überhaupt keine Abstimmung mehr vorgenommen. Die Streikenden waren sich ohne Abstimmung darüber einig, daß der Streik, der fünf Wochen mustergültig geführt wurde, wenn die Einigkeit und Geschlossenheit und auch der Erfolg des Kampfes nicht in Gefahr gebracht werden sollte, abgebrochen werden muß. Wenn ein Spruch verbindlich erklärt ist und die Gewerkschaft unterstützt den Streik weiter, haftet sie für den Schaden, der durch den Streik entsteht. Ohne Unterstützung den Streik zu führen, wäre gleichbedeutend: eine Schlacht zu schlagen mit einer Armee, die von Munitionszufuhr und Verpflegung abgeschnitten ist. Zu einem solch verbrecherischen Wahnsinn mag die KPD fähig sein, wir nicht. Die KPD oder RGO ersuchen wir einmal, einen Streik mit einigen tausend Arbeitern fünf Wochen lang so mustergültig zu führen und abzubrechen. Dazu haben sie weder die Macht noch die Fähigkeit. Die Streiks, die von der KPD oder RGO bis jetzt geführt wurden, hatten den Erfolg, daß die aktivsten Arbeiter dabei zweck- und sinnlos ihre Existenz opferten und als Gemaßregelte auf der Straße blieben. Die Metallarbeiter in Breslau sind jede Stunde bereit, den Kampf wieder aufzunehmen. Ihr Kampfwille und Kampfgeist, ihre Einigkeit und Geschlossenheit war am letzten Streiktag, als der Kampf beendet wurde, noch derselbe wie zu Beginn des Streiks. Sie sind bereit, wenn es um Großes geht, wenn es unbedingt sein muß, trotz Verbindlichkeitserklärung, die gesetzlichen Schranken zu überrennen und niederzustreiken. Sie tun es aber nicht, wenn die KPD dies verlangt, sondern wenn sie einsehen, daß dies notwendig und möglich ist. Ziegler hat auch nicht erklärt, wenn der Schiedsspruch verbindlich erklärt wird, können wir nicht weiter streiken, sondern daß durch die Verbindlichkeitserklärung und die in der Schlichtungsordnung vorgesehene Friedenspflicht und Schadenersatzpflicht das Streikrecht der Arbeiter in der Praxis dort, wo die Arbeiter mit Erfolg den Streik führen, beseitigt werden kann. Das war weiter nichts als eine scharfe Kritik des heutigen Schlichtungswesens.

In dem erwähnten Flugblatt heißt es weiter:

„Jungarbeiter des SJV, fordert heute Rechenschaft von Ziegler. Was nutzen die revolutionären Phrasen in der „SAZ.", wenn die Praxis eures Führers so aussieht. Ziegler erklärte auf dem Gründungsparteitag: „Man hätte die Kommunisten schon längst aus den Gewerkschaften ausschließen sollen." Der SJV vill jetzt Fraktionen in den Jugendorganisationen der Gewerkschaften aufbauen. Wenn diese Fraktion irgendeine revolutionäre Arbeit leisten soll, dann müßte euer Führer Ziegler dieselbe Stellung zu ihnen haben: Sie müssen sofort aus den Gewerkschaften herausgeschmissen werden. Fordert Rechenschaft von Ziegler: Welches soll die Arbeit der SAP in der Gewerkschaft sein, wenn diejenigen, die eine revolutionäre Arbeit leisten, längst hätten rausgeschmissen sein müssen?"

Daß Genosse Ziegler auf dem Gründungsparteitag der SAP oder sonstwo eine solche oder ähnliche Erklärung abgegeben hat, haben sich die Kommunisten vollständig aus den Fingern gesogen. Niemals hat Ziegler eine solche Aeußerung getan. Ziegler ist seit 25 Jahren Bevollmächtigter größerer Verwaltungsstellen im Deutschen Metallarbeiterverband. Ein Kommunist ist in den Verwaltungsstellen, wo und so lange er Bevollmächtigter war, noch nicht ausgeschlossen worden. Trotzdem gibt es in der Verwaltungsstelle Breslau des DMV., die 11 000 Mitglieder zählt, obwohl dort die KPD vor Jahren bedeutenden Einfluß hatte, keine Mitglieder der KPD oder der RGO.

Wir gewinnen die Gewerkschaften nur und können sie zu revolutionären Hebeln für den Sozialismus machen, wenn wir sachlich und pflichtbewußt in den Gewerkschaften arbeiten und zeigen, daß bei uns die gesündere Vernunft, das bessere Wissen und die größeren Fähigkeiten, mit revolutionärem Geist und Willen gepaart, vorhanden sind.

Berliner Bankbeamte gegen Tolerierung

Keine Stimme für die SPD

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Berlin, hatte am 14. 12. 1931 seine Vertrauensleute einberufen, um zur 4. Notverordnung und dem Bankentarif Stellung zu nehmen. Es referierten der Kollege Emonts und Min.-Rat Joachim. In der Diskussion sprachen alle Redner gegen die Haltung der Spitzenverbände der Freien Gewerkschaften und verurteilten aufs schärfste die politische Einstellung der SPD, für die sich nicht eine einzige Stimme der Verteidigung aus den Reihen der Funktionäre erhob.

Gegen nur eine Stimme gelangte nachstehende Resolution zwecks Ueberweisung an den Afa-Bundesvorstand zur Annahme:

„Durch die von der Reichsregierung erlassenen Bestimmungen der vierten Notverordnung vom 9. 12. 1931 wird der Lebensstandard der arbeitenden Klasse infolge der hier verfügten starken Herabminderung des Lohnniveaus in nicht mehr erträglichem Maße weiter gesenkt. Entgegen allen ökonomischen Erkenntnissen und Notwendigkeiten wird dadurch die jetzt schon geringe Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger noch mehr geschwächt, was praktisch zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und zur weiteren Verelendung dieser Schichten führt. Die verhältnismäßig nur geringe Senkung der Mieten und der wieder einmal versprochene Preisabbau bedeuten auch nicht im entferntesten einen Ausgleich für den Abbau der Löhne und Gehälter.

Darüber hinaus werden durch diese Notverordnung die elementarsten Grundrechte des Tarifwesens beseitigt. Jeder Eingriff in diese Rechte ist aber von den freien Gewerkschaften stets als unannehmbar bezeichnet worden. Die Durchführung dieser Bestimmungen der Notverordnung würde die noch vorhandene Kampfkraft der freien Gewerkschaften vernichten.

Daher ist der Kampf gegen die Notverordnung und für eine Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln sofort aufzunehmen. Dieser Kampf kann jedoch nur erfolgreich geführt werden, wenn auch die den freien Gewerkschaften nahestehende politische Partei nicht weiter den Bestand einer Regierung ermöglicht, deren Politik die systematische Verelendung der arbeitenden Klasse zur Folge hat.

Der Afabund wird aufgefordert, sich mit allen Kräften, auch durch seine Vertreter innerhalb der politischen Parteien für diese Forderung einzusetzen."

Rußland will ausländische Ingenieure

Moskau, 16. Dezember.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, sollen auf der Redaktion des Blattes „Sa Industrialisaziju" fortgesetzt zahlreiche Briefe von stellungslosen Ingenieuren aus dem Ausland eingehen, die in der Sowjetunion arbeiten wollen. In diesem Zusammenhang bringt das Blatt neue Erklärungen verschiedener Leiter großer im Bau befindlicher Sowjetbetriebe und Sowjetwirtschaftsvereinigungen. Der Vertreter der Unionsvereinigung „Kohle" erklärte, er könne in den Gruben des Donezbeckens 300 ausländische Ingenieure unter den gleichen Bedingungen einstellen, unter denen dort russische Fachleute arbeiten. Der Vertreter des Trusts Kusbassugol erklärte ebenfalls, er beabsichtige etwa 400 ausländische Hütteningenieure zu verpflichten. Der Leiter des Kramatorski Kombinats soll gleichfalls bereit sein, 400 ausländische Ingenieure und Techniker einzustellen. Der Leiter des Maschinenbauwerkes Uralmaschstroi soll 600 ausländischen Fachleuten Arbeitsmöglichkeit bieten können.

Um die Weihnachtsgratifikation

Entscheidungen der Arbeitsgerichte

(Nachdruck verboten)

Das Recht auf die Gratifikation

agd. Ueber den Rechtsanspruch auf Zahlung einer Weihnachtsgratifikation heißt es in einer neueren Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin, die eine Zusammenfassung der wichtigsten Reichsarbeitsgerichtsurteile darstellt:

Es besteht ein Rechtsanspruch des Arbeitnehmers auf Bezahlung von Weihnachtsgratifikationen, wenn entweder die Weihnachtsgratifikation vertraglich zugesagt, oder wenn sie orts- oder betriebsüblich ist, oder wenn der Arbeitgeber in einem größeren Betrieb allen Arbeitnehmern die Gratifikation zu einem bestimmten Stichtag zahlt und nur willkürlich einige Arbeitnehmer ausnimmt. Jedoch besteht der Gratifikationsanspruch nur dann, wenn der Angestellte am Stichtag noch Arbeitnehmer im Betrieb war. Sonst kann er einen Anspruch auf Zahlung der Gratifikation nur unter drei Voraussetzungen geltend machen: 1. wenn im Betrieb die Zahlung von Gratifikationen auch an bereits ausgeschiedene Arbeitnehmer üblich ist, 2. wenn der Arbeitgeber den Angestellten lediglich deshalb entlassen hat, um ihn um den Gratifikationsanspruch zu bringen, und 3. wenn der Arbeitgeber durch vertragswidriges Verhalten den Arbeitnehmer selbst zur Kündigung veranlaßt hat. (3a AC 89/31.)

Kein Ausnahmerecht

Der Arbeitgeber hat nicht das Recht, bei der Zahlung von Weihnachtsgratifikationen einzelne Arbeitnehmer gewissermaßen unter Ausnahmerecht zu stellen, das heißt, sie bei der Zahlung der Gratifikation zu übergehen. Dieses Recht hat der Arbeitgeber auch dann nicht, wenn die Zahlung der Gratifikation ausdrücklich eine freiwillige Leistung ist. Hierzu sagt das Arbeitsgericht:

Bekommen alle Angestellte eines Betriebes Weihnachtsgratifikationen, so kann nicht ein einzelner ausgenommen werden. Auch wenn in den Anstellungsverträgen die Freiwilligkeit der Gratifikation hervorgehoben ist, so kann das nur zur Nichtzahlung an alle führen, nicht aber zur Ausnahme eines einzelnen. (5 AC 1117/30.)

Es gibt kein Gewohnheitsrecht

Ein weit verbreiteter Irrtum ist die Ansicht, daß ein Gewohnheitsrecht auf Zahlung der Weihnachtsgratifikation besteht, wenn in einem Betrieb regelmäßig mehrere Jahre lang derartige Gratifikationen gezahlt worden sind. Da bei derartigen Zuwendungen an die Arbeitnehmer meist vom Arbeitgeber die Freiwilligkeit der Zahlung in irgendeiner Form betont wird, ist ein einklagbares Recht für den Arbeitnehmer nicht geschaffen. Das Arbeitsgericht Berlin führt hierzu in einer beachtenswerten Entscheidung aus:

Auch jahrelang regelmäßig wiederholte Sonderzuwendungen begründen keinen Rechtsanspruch, wenn bei der Gewährung ausdrücklich der Ausnahmecharakter der Leistung betont und die freie Widerruflichkeit vorbehalten ist. (8 AC 1076/30.)

Arbeitnehmer in gekündigter Stellung

Auch Arbeitnehmer, die sich am Tage der Auszahlung der Weihnachtsgratifikation in gekündigter Stellung befinden, haben Anspruch auf Zahlung, soforn sie ohne ihr Verschulden gekündigt sind, also etwa infolge notwendiger Betriebseinschränkungen. Das Arbeitsgericht Berlin führt hierzu in einem Urteil kurz aus:

Der Anspruch auf Gratifikation entfällt nicht, wenn der Arbeitnehmer ohne sein Verschulden unmittelbar vorher gekündigt war. Das Reichsarbeitsgericht tritt schon jetzt dem Standpunkt des § 62 des geplanten Arbeitsvertragsgesetzes bei. (15a AC 54/30.)

Entlassene Arbeitnehmer

Daß auch Arbeitnehmer, die kurz vor Fälligkeit der Weihnachtsgratifikation entlassen worden sind, ihren Rechtsanspruch auf Zahlung der Sonderzuwendung behalten, führt das Arbeitsgericht Berlin kurz und eindeutig in folgender Entscheidung aus:

Der Arbeitnehmer, der jährlich zu Weihnachten eine Gratifikation erhalten hat und dann zum 30. November gekündigt wird, hat Anspruch auf Weihnachtsgratifikation auch für das Entlassungsjahr. (7 AC 121/30.)

Rückforderungsrecht des Arbeitgebers

Oftmals verlangen Arbeitgeber in Prozessen vor den Arbeitsgerichten die Weihnachtsgratifikation wieder zurück, wenn sie später mit dem Arbeitnehmer in Differenzen gekommen sind, die zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses führen. Grundsätzlich besteht ein derartiges Rückforderungsrecht für den Arbeitgeber. Allerdings nur in wenigen, vom Gesetz genau erfaßten Ausnahmefällen. Hierzu führt das Arbeitsgericht Berlin in einer Entscheidung aus:

Eine freiwillig gewährte Weihnachtsgratifikation kann nur gemäß § 535 BGB zurückgefordert werden, wenn sich der Beschenkte groben Undanks oder einer schweren Verfehlung gegenüber dem Schenker oder dessen nahen Angehörigen schuldig gemacht hat. Die Gratifikation kann jedoch nicht zurückgefordert werden, wenn der Arbeitgeber mit den Leistungen des Arbeitnehmers unzufrieden ist. (32 AC 45/31.)

Erich Roseck.

Lokalblatt der SAZ

Trotz Weihnachts-„Frieden" Aufbau in Westfalen

Der „Weihnachtsfrieden" machte einen Strich durch die geplante Versammlungstour. Wenn uns dadurch auch die Möglichkeit genommen wurde, in die Oeffentlichkeit vorzustoßen, die Agitation von Mund zu Mund wird man durch keine Notverordnung lahmlegen konnen. Wir leben nun mal in der „freiesten aller Republiken", und unsere Arbeitsmethoden müssen und werden sich dem anzupassen wissen!

Der organisatorische Aufbau schreitet fort. Auch in Hagen, der ehemaligen unabhängigen, heutigen (infolge besonderer Umstände) nationalistischen Hochburg, wurde eine SAP-Ortsgruppe gegründet. Walter Oettinghaus hat da durch sein Abrutschen ins KPD-Lager weite oppositionelle Kreise wirr gemacht und zum Teil wieder an die SPD gekettet. Sonntag, den 13. Dezember fand in Dortmund eine Unterbezirkskonferenz statt. Genosse Schnur legte in seinem tiefschürfenden Referat „Sozialismus und nationale Verteidigung" dar, daß ein Sozialismus, der nicht auf konsequentestem Internationalismus beruhe, ein Widerspruch in sich sei. Er wies nach, wie der Gedanke der internationalen Klassensolidarität, der während der ersten Jahrzehnte der sozialistischen Bewegung Gemeingut Aller war, in den späteren Jahren mehr und mehr vom nationalistischen Gifte zersetzt wurde. Der Zusammenbruch der Internationale 1914 — Volksgemeinschaft anstelle des Klassenkampfs!!! — war die notwendige Folge dieser Zersetzung, die spätere Politik der SPD — von Noske bis auf den heutigen Tag — nur konsequente Fortsetzung. Da auch die KPD infolge ihrer opportunistisch-nationalistischen Politik („Tributhetze, Scheringer!!!) keinerlei Gewähr für die Hochhaltung des alten Grundsatzes des Sozialismus — Krieg dem Kriege — böte, sei heute die SAP die einzige Partei, die diesen Gedanken in den Köpfen des Proletariats wachzuhalten bzw. wachzurufen und auf ihre Fahnen zu schreiben hat. Eine Aufgabe, die angesichts der nationalistischen Hochflut doppelt schwer, aber auch doppelt wichtig sei.

Zum vorl. Leiter des Unterbezirks Dortmund wurde der Genosse Surhage-Dortmund-Oespel gewählt.

Die Unterbezirke Bochum und Hagen werden sich ebenfalls in den nächsten Wochen konstituieren.

Dortmund

Noch kein Disziplinarverfahren gegen Oberbürgermeister Dr. Eichhoff? Das städtische Presseamt hat die auch von uns gebrachte Meldung über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberbürgermeister Dr. Eichhoff im Zusammenhang mit den VEW-Vorgängen dementiert und der örtlichen Presse eine Berichtigung zugehen lassen, der wir entnehmen, daß bis dato bei den zuständigen Stellen des Innenministeriums noch kein entsprechender Antrag gestellt sein soll. Wir sind nun in der Lage mitzuteilen, daß dem Regierungspräsidenten König in Arnsberg bereits unter dem 21. Oktober eine derartige Eingabe mit der Bitte um Weitergabe an den preußischen Innenminister zugegangen ist und am 11. Dezember eine direkte an den preußischen Minister des Innern. In dem an den Regierungspräsidenten gerichteten Schreiben wird u. a. darauf verwiesen, daß in der VEW-Angelegenheit bereits richterlich festgestellt ist, daß der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Aufsichtsrates des VEW so wenig Aufsicht ausübte, daß die Direktoren durch Effektengeschäfte einen Gesamtschaden von 2½ Millionen Mark verursachten, Darlehen von 774 000 Mark bzw. 500 000 Mark zum Zwecke der Beschaffung eigener Wohnhäuser in Anspruch nahmen und ohne Kenntnis des Aufsichtsratsvorsitzenden (Eichhoff) Darlehen von 3 Millionen Mark gewährten. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß man bisher noch nichts darüber gehört habe, daß die beteiligten Kommunen, insbesondere die Stadt Dortmund, Regreßansprüche geltend gemacht haben. In der Eingabe an den Minister wird u. a. ausgeführt, daß der Oberbürgermeister die Stadt um Hunderttausende geschädigt habe und daß dies mit die Ursache dafür sei, daß in Dortmund die höchste Gewerbesteuer (die sich insbesondere auf den Proletenhaushalt auswirkt) erhoben würde. Die hinter dieser Eingabe stehenden Kreise sind der Ansicht, daß Oberbürgermeister Eichhoff für den durch seine Pflichtverletzungen entstandenen Schaden zivilrechtlich haftbar ist. — Wir können nicht umhin, festzustellen, daß Oberbürgermeister Dr. Eichhoff nicht nur unverantwortlich gehandelt, sondern sich gar unfähig zur Ausübung der Aufsichtsratsvorsitzendenfunktion erwiesen hat. Er ist auch nach unserer Ansicht für den durch seine Unfähigkeit entstandenen Schaden ersatzpflichtig, und zwar in vollem Umfange.

WERBT für die „SAZ"

Brief vom Oberrhein

SAP wirbt!

Der Bezirk Oberrhein der SAP ist ein schwer zu bearbeitender Boden. Er umfaßt — wie bei der SPD — die beiden Wahlkreise Köln-Aachen (1 520 000 Stimmberechtigte) und Koblenz-Trier (835 000 Stimmberechtigte). Dazu kommt das Saargebiet (Bezirk Saarbrücken). Im Wahlkreis Köln-Aachen ist nur in den Gebieten um Köln und Aachen Industrie in größerem Umfange vorhanden. Der Rest und fast der gesamte Wahlkreis Koblenz-Trier ist mehr oder weniger ländliches Gebiet. Die Bevölkerung ist überwiegend katholisch. Hier herrscht das Zentrum. Die sozialistische Arbeiterbewegung ist verhältnismäßig schwach. Das ergibt sich aus folgenden Zahlen vom 14. September 1930:

	Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	
	Köln-Aachen	Koblenz-Trier
Zentrum	36,4 %	16,6 %
SPD	14,2 %	9,2 %
KPD	14,4 %	6,3 %
NSDAP	14,5 %	14,8 %

Von allen Parteien stand also die SPD am 14. September 1980 in Köln-Aachen an 4., in Koblenz-Trier an 3. Stelle. Das Zentrum hat seine festesten Stützen in der ländlichen Bevölkerung der Eifel und des Hunsrücks. Die SPD hat nach ihren eigenen Angaben im Bezirk Oberrhein etwa 320 Ortsgruppen.

Der SAP harrt hier eine ungeheure Arbeit. Der Bezirk Oberrhein gehört zu den festesten Stützen des Revisionismus.

Mit den ausgeschlossenen Genossen Seydewitz und Rosenfeld erklärte sich seinerzeit ein großer Teil der bisherigen Parteiopposition solidarisch. Die ersten Ortsgruppen der SAP waren schnell gegründet, Bezirks- und Unterbezirksorganisationen wurden aufgebaut, Schutzbund und SJV ins Leben gerufen. Auch die gelegentlichen unwahren Berichte in der sozialdemokratischen Presse vermochten und vermögen unsere Arbeit und unseren Vormarsch nicht aufzuhalten. Heute ist der gesamte Bezirk durchorganisiert, von der nördlichsten Ecke im Aachener Gebiet bis zum Süden nach der Nahe und Saarbrücken. Die Zahl der Ortsgruppen steigt, wenn auch langsam, so doch stetig. Vor wenigen Tagen noch konnte eine neue Ortsgruppe im Kölner Braunkohlengebiet, in Knapsack, gegründet werden. Dort trat die SAJ fast geschlossen zu uns über.

Viel geleistet werden muß noch in der Frauenwerbung. Gerade im Zeitalter der Notverordnung dürfte es leichter sein, auch den sonst unpolitisch eingestellten Frauen klar zu machen, wohin sie gehören. Hier wartet für unsere Genossinnen ein reiches Betätigungsfeld, um so mehr, als die SPD die Frage der Frauenwerbung reichlich oberflächlich behandelt hat. Auf dem Leipziger Parteitag befand sich unter den 6 Delegierten des Bezirks Oberrhein nicht eine einzige Frau! In der SAP werden die Frauen gleichberechtigte Genossinnen sein.

Auch im Bezirk Oberrhein sind die Genossen an der Arbeit. Und ist auch der Boden steinig, die Aufgabe schwer: wir arbeiten weiter!

Ahlen

Die Elendskurve. Da fast sämtliche Wirtschaftszweige Arbeitskräfte abstoßen, nimmt die Arbeitslosenzahl im Arbeitsamtsbezirk Ahlen in rasendem Tempo zu; in der Zeit vom 16. bis 30. November allein um 349. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg in 14 Tagen von 4720 auf 5069, gegenüber 4746 am 31. Dezember 1930. Von den 5069 Arbeitssuchenden wurden 4714 unterstützt. Die 355 Nichtunterstützten scheinen von der herrschenden Gesellschaft dem Hunger preisgegeben zu sein.

Immer neuer Abbau! Die Zeche Westfalen hat zum 1. Januar 1932 wieder 48 Mann gekündigt; den noch im Betrieb Verbleibenden wird der Lohn um 12 Prozent gekürzt. Die SPD betrachtet die neue Notverordnung, die sich in drakonischer Schärfe gegen die Arbeiterschaft auswirkt, wieder als „kleineres" Uebel und macht sich immer mehr zum Handlanger der Reaktion. Kämpft mit der revolutionären Arbeiterpartei für eure Befreiung!

Solingen

Einen beachtenswerten Anfangserfolg errang unsere Partei bei der am 13. Dezember stattgefundenen Wahl zur Vertreterversammlung der Konsumgenossenschaft „Hoffnung". Unsere Genossen hatten mit den Genossen der KPD eine gemeinsame Liste aufgestellt, die 391 Stimmen (die Resultate von 3 Bezirken stehen noch aus) und damit 6 Vertreter erhielt, während die Liste der SPD 1558 Stimmen und 25 Vertreter und die der KPD 2354 Stimmen und 37 Vertreter bekamen. Gegenüber der vor zwei Jahren erfolgten Wahl haben die SPD und KPD je 3 Vertreter eingebüßt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß den beiden anderen Vorschlagslisten gut ausgebaute Zeitungen sowie eingearbeitete, alte Parteikörper zur Verfügung stehen, während wir noch im Aufbau der Organisation begriffen sind. — Die erste Bresche ist auch hier geschlagen, unsere Genossen müssen und werden dafür sorgen, daß wir bei diesem Anfangserfolg nicht stehen bleiben.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. In einer Versammlung der Reichsbannergenossen von Höhscheid wurde über die letzte Notverordnung gesprochen und nach dem Bericht des „Volksblattes" „mit größter Entrüstung zur Kenntnis genommen, daß es auch der republikanischen Schutztruppe, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verboten sei, die Farben der Republik öffentlich zu zeigen. Das letzte Wort sei in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen". Die Erregung der Reichsbannergenossen ist nur zu verständlich. Auch der letzte Reichsbannermann wird endlich erkennen müssen, daß die Tolerierung der halbfaschistischen Brüning-Regierung nur Hitler den Weg ebnet. Die Reichsbannergenossen müssen wie ein Teil ihrer Kameraden jetzt schon mit der SAP gegen den Klassenfeind vorgehen.

Herne

450 Bergleute werden entlassen. Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerkes „Friedrich der Große" in Herne hat vorübergehende Betriebseinschränkung angezeigt. Es sollen 450 Bergleute zur Entlassung kommen. Es ist Sperrfristverkürzung auf den 1. Januar 1932 beantragt.

Frankfurt a. Main

Dr. Lehmann zum Stadtkämmerer gewählt. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde nach langer Debatte Dr. Lehmann zum Stadtkämmerer gewählt. Er konnte erst im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Es entfielen 39 Stimmen auf die Kandidatur Dr. Lehmann, 29 auf Dr. Besserer, 4 Stimmen auf den stellvertretenden Kämmerer Dr. Müller (der jedoch schon vor der Wahl erklärte, nicht annehmen zu wollen) und 5 Stimmen auf den kommunistischen Kandidaten Stadtrat Stoll aus Berlin.

Aus dem Stadtparlament. Am Tage der letzten Stadtverordnetensitzung ging es stürmisch zu. Draußen auf der Straße Unruhe, Lärm. Ein dichter Polizeikordon zog sich um das Rathaus; im Hof des Rathauses zwei Autos des Ueberfallkommandos. In der Stadt tauchten überall kleinere Trupps von Arbeitslosen auf. Sie schrien „Hunger!" und „Brot!" und „Nieder mit der Regierung!" Im Nu war die Schupo zur Stelle. Da gab es „Gummiknüppelsuppe" statt Winterbeihilfe und demokratischer Grundrechte. Vom Turm der Katharinenkirche leuchtete plötzlich eine blutrote Fahne. Am Paulsplatz krachten zwei Kanonenschläge. Die Polizei konnte die Uebeltäter nicht fassen. 53 Personen wurden in Haft genommen, wahrscheinlich fast alles Arbeitslose. Sonst wurde an diesem Tage nichts Besonderes für die Arbeitslosen getan.

Im Stadtverordnetensaal war es nicht weniger lebhaft. Heftige gegenseitige Angriffe von Kommunisten und Sozialdemokraten zur Freude der bürgerlichen Parteien. Das Boschhorn trat oft genug in Tätigkeit. Drei kommunistische Abgeordnete mußten den Sitzungssaal verlassen. Den Nationalsozialisten war Gelegenheit gegeben, sich als Arbeiterfreunde aufzuspielen und entrüstungstriefend über das unsoziale Verhalten des Magistrats loszulegen. Einmal stellten sie sich „schützend" vor die kommunistische Fraktion. Sie beantragten nämlich, die Wahl des Kämmerers auszusetzen, damit auch die ausgeschlossenen Kommunisten ihre Stimme abgeben könnten. Die Sozialdemokraten machten in Verantwortung. Droben auf der Galerie wurde hin und wieder ein Zwischenrufer von den Rathausdienern gepackt und hinausgeführt. „Ihr habt alle miteinander noch keinen Hunger gehabt," rief ein arbeitsloser Tribünenbesucher den Stadtverordneten zu. — Als erster Punkt stand die Winterbeihilfe zur Debatte. Wie bekannt, hat es der Magistrat abgelehnt, dem Antrag der letzten Stadtverordnetensitzung, der für ledige Erwerbslose eine Winterbeihilfe von 40 Mark und für verheiratete einen Betrag von 50 Mark vorsah, zu entsprechen. Er begründete das damit, daß keine Deckung vorhanden sei. Neuerdings verweist er noch darauf, daß die Stadt durch die letzte Notverordnung erhebliche Neubelastungen zu tragen habe. Stadtrat Müller meinte, er fühle mit den Arbeitslosen, aber man habe nun einmal kein Geld. Das einzige, was man tun könne, sei, daß man aus Stiftungsmitteln 50 000 Mark für ganz dringende Fälle zur Verfügung stelle. Mehr könne man beim besten Willen nicht tun. Kein Wort davon, daß man irgendwelche Subvention künftig streichen wolle. Im Gegenteil. Als der Beschluß der Stadtverordneten vom 29. September zur Sprache kam, wonach die bisher gezahlte Subvention von 50 000 Mark an die Südwestdeutsche Luftverkehrs A.-G. gestrichen werden soll, meinte der Magistrat, das gäbe Schwierigkeiten mit der Gesellschaft. Stadtrat Müller mußte sich denn auch in der Debatte sagen lassen, wie es möglich sei, daß ein Mann, der gleich ihm 16 000 Mark jährlich einstecke, oder gleich dem Oberbürgermeister, der's nicht unter 33 000 tue, mit den Arbeitslosen fühlen könne. Keine Deckung, das war das Schlagwort, hinter dem sich alle bürgerlichen Parteien sowie die Sozialdemokratie und der Magistrat verschanzten. Die Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, den Arbeitslosen Gutscheine zu geben, die bei städtischen Geschäften in Zahlung zu geben seien. Nach einer heftigen Polemik der Kommunisten ließen sie ihren Antrag im Stich und stimmten für den kommunistischen Antrag, der 40 Mark für Ledige und 50 Mark für Verheiratete verlangt. Ob die Erwerbslosen überhaupt eine Weihnachtsbeihilfe erhalten, ist sehr zweifelhaft. — Man schritt dann zur Wahl des Kämmerers. Die Debatte brachte wenig Neues. Man wärmte die alten Argumente pro und contra zum x-ten Male auf.

Freidenker-Wintersonnenwende. Die Freidenkerkinder, die bei Prof. Killmann unterrichtet werden, bestreiten das Programm der am 20. Dezember stattfindenden Wintersonnenwendfeier.

Kirchenaustritte können bis zum 31. Dezember auf dem Büro der Freidenker, Weserstraße 7, täglich von 17 bis 19 Uhr, erklärt werden. Außerdem täglich von 9 bis 12 Uhr auf dem Amtsgericht, Zeil 4, Zimmer 11. Ausweis nicht vergessen!

Gemeines Pack. Erscheint da eines Tages bei einer Witwe in der Gutleutstraße ein feines Paar, angeblich Eheleute, um ein Zimmer zu mieten. Er tritt auf wie der Graf Bibi. Der Witwe macht er weis, er sei Generalvertreter einer großen norddeutschen Sperrholzfirma. Beweis: er bezahlt die Miete, ohne mit der Wimper zu klimpern. Das imponiert und macht vertrauensselig. Der Herr Generalvertreter nebst Frau liegen jeden Tag bis 2 Uhr in den Federn. Das ist bei feinen Leuten so üblich und für Gaunereien manchesmal recht praktisch. Eines Tages standen die Herrschaften nicht um 2 Uhr auf, sie standen nicht um 3 Uhr auf, auch nicht um 4 Uhr. Die Wirtin klopfte aus Leibeskräften an die Tür. Niemand meldete sich. Da wurde es ihr zu dumm. Sie öffnete mit Gewalt. Und siehe da, die beiden Vögel waren ausgeflogen und hatten dabei für 3000 Mark Wertsachen mitgehen heißen. Gefaßt hat man sie noch nicht.

Offenbach a. M.

„Nützt die Zeit!" Unter diesem Motto veröffentlicht das SPD-Organ am Orte, das „Offenbacher Abendblatt" einen Aufruf, der die Mitgliedschaft auffordert, den durch Notverordnung verhängten Burgfrieden zur intensivsten Werbearbeit, zum Ausbau der Organisation zu nutzen. Dann heißt es wörtlich

Parteispaltung.

Bei den Spaltern um Ohlhof, Rudolph usw. ist es sehr ruhig geworden. Die SAP-Leute werden eingesehen haben, daß das denkende Proletariat von einer Spaltung nichts wissen will und ihrer Partei, der SPD die Treue bewahrt. Diese verzichtet auf eine Anzahl ehemaliger Parteimitglieder, deren Tätigkeit in der Entfaltung von Zank und Streit in den Ortsgruppen bestand. Dagegen ist die größte Sorgfalt auf die Wiedergewinnung derjenigen zu legen, die in ehrlicher Ueberzeugung glaubten, dem Sozialismus zu dienen, wenn sie sich von der Partei abwenden und zur SAP gehen.

Was nennen die SPD-Leute Zank und Streit? Wenn man auf dem Wormser Parteitag zum Ausdruck brachte, daß parteipolitisch die Möglichkeit gegeben sei, dem Proletariat zu beweisen, daß Sozialismus innerhalb der SPD verwirklicht ist durch Abbau aller hohen Gehälter ihrer „Prominenten" auf 500 bis 1000 Mark monatlich, dann ist das „an die niedersten Instinkte" appelliert, wie unsere Offenbacher Prominenten wörtlich ihrer Entrüstung Ausdruck gaben. Wenn man sie erinnert, prinzipientreue Politik zu machen, dann heißt das „Zank und Streit" in die Ortsgruppen tragen. Wenn doch nur einmal die SPD-Zeitungen Mahnrufe ihrer alten Führer herausgeben wollten, statt „Nützt die Zeit" etwa, das herrliche August-Bebel-Wort, das er auf dem Parteitag in Jena 1906 sprach:

> Wenn es dazu käme, daß die Arbeiter hungern müssen, dann wären diejenigen unter uns, die in gehobener Stellung sind, elende Kerle, wenn sie nicht so tief wie möglich in den eigenen Geldbeutel greifen würden, um zu helfen.

SJV
Bezirk Westfalen

Anschrift: Hans Hillebrand, Bochum-Riemke, Thyssenstr. 19.

Unsere Bezirkskonferenz, die für den 20. Dezember festgelegt war, wird **auf einen Sonntag im Januar verlegt.** Veranlassung hierzu gab uns das Verbot der Reichskonferenz. Dafür findet **Samstag, den 19. und Sonntag, den 20. Dezember, in Bochum eine Gruppenführeraussprache** statt. Tagungslokal sowie Zeit sind durch Rundschreiben bekanntgegeben. Orte im Bezirk, die noch keine Verbindung mit der Bezirksleitung haben, werden ersucht, Vertreter zu entsenden. Alles nähere durch die Bezirksleitung.

Organisations-Nachrichten

SAP Groß-Dortmund. Die infolge des Weihnachts-„Friedens" ausgefallene Seydewitzversammlung wird wahrscheinlich im Januar stattfinden. Die schon verkauften Karten behalten ihre Gültigkeit.

SAP Distrikt Duisburg-Meiderich. Mitgliederversammlung Sonntag, 20. Dez., 19½ Uhr, im Volksheim, Mühlenstraße. Thema: „Proletarische Feierstunde", unter Mitwirkung der Jugend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

SAP Groß-Köln. Unsere Ziegler-Versammlung muß wegen der Notverordnung wieder verschoben werden. Dafür Samstag, 19. Dez., 8½20 Uhr, im Lokal Hahnenbräu, Hahnenstr. 43, Mitgliederversammlung. Gen. H. Mayer spricht über: „Die heutigen Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei."

SJV Dortmund. Freitag, 20 Uhr, im Jugendheim Nordstraße 30 (nicht Haus der Arbeiterwohlfahrt, sondern der Dissidentischen Fürsorge). Vortrag des Gen. Wolfgang Bolling über: „Festefeiern".

Kennen Sie schon die Wochenzeitung der Partei?

Benutzen Sie bitte den angrenzenden Bestellschein zur Werbung in Ihrem Wirkungskreis!

Ich bestelle

„SWZ"

Erscheinungsort Berlin

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.

Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Monatsbezugspreis 0,60 RM.

Name: .....

Wohnung: .....

Dem Kolporteur oder Briefträger zu übergeben

Literaturblatt der SAZ

Zur Geschichte der Philosophie

Ein neuer Mehring-Band

Friedrich Engels hat einmal dem deutschen Arbeiter einen besonders ausgeprägten theoretischen Sinn zugesprochen. Tatsache ist, daß das Bedürfnis, sich selbst Rechenschaft zu geben über die Ursachen der Erscheinungen und die inneren Zusammenhänge der Ereignisse beim besten Teil des deutschen Proletariats, dem Kerntrupp der Klasse, sich immer wieder durchgesetzt hat, auch wenn es vorübergehend von einer der verschiedenen Massenpsychosen verdeckt war, die dem Schlagwort den beherrschenden Platz einräumten. Vielleicht hängt dies damit zusammen, daß die Deutschen im Verlaufe ihrer Geschichte im Handeln immer stark gehemmt waren und wiederholt das Schicksal erlitten, eine historische Wegstunde zu spät zu kommen. So wurde in Deutschland allzusehr die Theorie ein Mittel, über Vergangenes sich klar zu werden und an verpaßten Gelegenheiten des Geistes Schärfe zu erproben, die Theorie als Richtschnur bewußten Handelns wurde gewöhnlich ohne weitere Vorbereitung und Präzisierung von außerhalb bezogen oder spielte die Rolle der „dienstbaren Magd der Parteiinstanzen". Diesen Zustand zu überwinden gehört zu den Hauptaufgaben der jetzigen Zeit.

Dabei hat das deutsche Proletariat Lehrer und Vorkämpfer in seinen Reihen gesehen, die ihm die Voraussetzungen einer lebendigen Entwicklung der Verbindung von Theorie und Taktik gegeben haben. Bei ihnen muß es in die Schule gehen, und indem es sich ihre Methode der Verarbeitung aller historischen und politischen Ereignisse aneignet, wird es am besten den skizzierten Erbfehler des Räsonierens über Vergangenes überwinden. Einer der bedeutendsten dieser Lehrer der jüngsten Vergangenheit ist Franz Mehring.

Man braucht sich nur in einen der vorliegenden Bände von Mehrings „Gesammelten Schriften und Aufsätzen" (jeder Band brosch. 6.50, geb. 8.50 Mk., Soziologische Verlagsanstalt, Berlin) zu vertiefen, um zu erkennen, welch frischer Quell marxistischer Erkenntnis und kritischer Verarbeitung hier sprudelt. Hier wird keine Wissenschaft getrieben um der Wissenschaft halber, hier ist Geschichte keine Flucht vor der Wirklichkeit, keine Aufstapelung toten Wissens oder Sammlung von Raritäten. Jeder Satz, den Franz Mehring in einem reichen Leben voll Kampf und Arbeit geprägt hat, dient dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, dient der Vertiefung des Bewußtseins von der Notwendigkeit der Erfüllung ihrer Aufgabe: des Sturzes der kapitalistischen Klassengesellschaft.

Diese Seite der publizistischen Tätigkeit Franz Mehrings zeigt sich auch besonders klar an der Behandlung von Stoffen, die weitab vom täglichen Ringen der proletarischen Klasse zu liegen scheinen, wie in dem letzterschienenen Band: Zur Geschichte der Philosophie. Was geht uns heute, zur Zeit der kapitalistischen Wirtschaftskrise, angesichts der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik und der vierten Notverordnung die Philosophie Platos oder Schopenhauers und die marxistische Analyse der verschiedenen Formen und Systeme der bürgerlichen Philosophie an, in denen sich die Entwicklung der Weltanschauung der früher und heute herrschenden Klassen vollzog. Man muß die Bourgeoisie mit den Mitteln des materiellen Kampfes niederzwingen, dann erübrigt sich eine Auseinandersetzung mit der geistigen Glorifizierung ihrer Herrschaft.

Eine solche Einstellung geht an der wesentlichen Tatsache vorbei, daß der materielle Kampf des Proletariats nur dann zu einem dauernden Siege führen kann, wenn es neben seiner ökonomischen Ueberlegenheit, die aus der Ueberlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft über die kapitalistische Wirtschaftsanarchie erwächst, auch auf kulturellem und theoretischem Gebiet, durch die Ueberlegenheit seiner Weltanschauung über die Weltanschauung der Bourgeoisie den historischen Fortschritt verwirklicht.

Marx und Engels, Rosa Luxemburg und Lenin, alle überragenden Führer des Proletariats haben immer die Notwendigkeit der kritischen Auseinandersetzung mit allen anderen weltanschaulichen Vorstufen des marxistischen Denkens besonders betont. Wenn Engels diese Notwendigkeit so formulierte, daß er erklärte, der Sozialismus werde auch das Erbe der Schelling, Fichte und Hegel antreten, so sagte er damit, daß das Proletariat die Aufgabe habe, das zeitlich und klassenmäßig Gebundene im Denken und der Lehre dieser Philosophen durch die Entwicklung seiner eigenen Weltanschauung zu überwinden und zugleich den Fortschritt in der Erkenntnis der Weltzusammenhänge, den sie gebracht haben, in das Fundament seiner eigenen Weltanschauung einzubauen.

Franz Mehring hat einen großen Teil dieser wichtigen Aufgabe für das Proletariat gelöst. Er hat in das Dunkel der Geistesgeschichte zweier Jahrtausende hineingeleuchtet und hat klar gesichtet, was vergänglich und reaktionär, aber auch was als Element weiteren Aufbaus notwendig zu verwenden ist. Er hat damit den geistigen Horizont der Arbeiterbewegung gewaltig erweitert und sie reif dazu gemacht, als Erbe der gesamten Menschheitsentwicklung bewußt die sozialistische Gesellschaft aufzubauen und weiter zu entwickeln.

Damit kann das Proletariat nicht warten bis nach dem Tage seiner Machtergreifung. Es muß auf allen Gebieten gleichzeitig vorstoßen, und während die bürgerliche Wissenschaft in trostloser Weltuntergangsstimmung verstaubt und verfault, während sie immer unfähiger wird, auch nur eines der drängenden Probleme der Zeit anzupacken, viel weniger zu lösen, schlägt die marxistische Theorie sie au allen wichtigen und entscheidendenden Gebieten und übernimmt die Arbeit an der Entwicklung des menschlichen Selbstbewußtseins, das für die Bourgeoisie nur die Entwicklung ihres reaktionären Klassenbewußtseins sein konnte.

Die Aneignung der theoretischen Arbeit Franz Mehrings hat aber für die deutsche Arbeiterklasse auch eine Bedeutung, die mit seinem praktischen Tageskampfe aufs engste verknüpft ist. Nicht nur, daß die Schulung im dialektischen Denken ein unbedingtes Erfordernis für die Herausarbeitung der richtigen proletarischen Taktik ist, wurden auf dem Gebiete der Philosophie die entscheidenden Schlachten mit der stärksten Macht geistiger Reaktion, der Religion und Kirche, geschlagen. Der kritische Angriff auf alle Positionen metaphysischen Denkens steht auch heute mit im Vordergrund der marxistischen Propaganda, er erfährt durch die prächtige und klare Methode Mehrings eine Vertiefung und Verstärkung, die wir uns durch eingehendes Studium seiner Werke sichern müssen.

Die Einleitung und die Schlußausführungen August Thalheimers sind ein wertvoller selbständiger Beitrag zur Herausarbeitung der dialektischen Denkmethode, man bedauert, daß sie etwas aphoristisch gefaßt sind, besonders der Anhang hätte eine breitere Ausgestaltung erfahren können. Durch seine Arbeiten über Spinoza und seine „Einführung in die Dialektik", die der Verlag für Literatur und Politik auf Kommando der Stalinschen Bürokratie einstampfen ließ, hat Thalheimer bewiesen, daß er auf diesem Gebiete der geschulteste marxistische Theoretiker ist, der viel mehr zu sagen hat, als er es in unverständlicher Selbstbescheidung tut.

Fritz Rück.

Der Sozialismus in der Schweiz

Robert Grimm: „Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz".

Man zögert vielleicht in unserer drängenden, überstürzenden Epoche ein Buch in die Hand zu nehmen, das die Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz behandelt, und doch ist gerade für unser Handeln die Kenntnis der Vergangenheit so ungeheuer wichtig. Eine Bewegung bekommt ihre Impulse nicht nur von der Gegenwart, sie wird geformt und bestimmt auch durch die Vergangenheit. Es ist sehr interessant und lehrreich, gerade für Deutsche, die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz zu verfolgen, in einem Lande also, das früh demokratisch regiert wurde, nie unter dem Druck absoluter Monarchen stand und als erstes Land in Europa in einzelnen Kantonen eine Sozialgesetzgebung kannte. Es entstand denn auch in der Schweiz verhältnismäßig spät eine sozialdemokratische Bewegung. Allerdings hatten schon die Utopisten, ganz besonders Weitling, eine starke Propaganda in der Schweiz entfaltet, die aber nur in den Flüchtlingskreisen und unter den deutschen Handwerksburschen Boden fand. Die dezentralisierte Industrie sowie die demokratische Verfassung ließen recht spät eine zielklare, im Schweizer Arbeiter verwurzelte sozialistische Bewegung entstehen. Die demokratische Erfahrung verhinderte aber auch, daß die Schweizer Arbeiter der Staatsideologie zum Opfer fielen. Sie hatten Zeit, die Grenzen der bürgerlichen Demokratie kennen zu lernen, sie konnten erfahren, daß die Bourgeoisie auch innerhalb der politischen Demokratie imstande ist, ihre Machtmittel gegen die aufstrebende Arbeiterklasse in Bewegung zu setzen. Die Schweizer Arbeiter mußten einige Male erleben, daß der Staat das „Volksheer" (die Miliz) gegen sie aufbot, wenn sie versuchten, in großen Streiks um bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. Der erwachte Schweizer Arbeiter hat im bürgerlich-demokratischen Staat nie „seinen" Staat gesehen. So können wir feststellen, daß im Moment, wo der große Lehrmeister der internationalen Arbeiterschaft, die deutsche Sozialdemokratie, sich bedingungslos mit dem bürgerlichen Staat verkuppelt, die Schweizer Partei sich ein Programm gibt, das sich auf den Boden der Diktatur des Proletariats auf der Basis des Rätesystems stellt (1920).

Robert Grimm, der selber an aktivster Stelle das Gesicht der Schweizer Arbeiterbewegung mitbestimmen half, der einer der Hauptorganisatoren der Zimmerwalder- und Kienthalerbewegung war, schildert in seinem Buch sehr schön diese Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz. Er schildert den Ideengehalt der ersten Regungen der Arbeiterbewegung, die von Ausländern getragen war, zeigt die Entwicklung von den nationalgerichteten Arbeitervereinen bis zur heutigen international gerichteten Sozialdemokratie, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats steht. Das Buch scheint mir gerade für Deutsche wichtig, denen es so schwer fällt zu erkennen, daß die Epoche des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie endgültig zu Ende ist.

Unbefriedigend ist das Buch nur, wo sich Grimm ganz kurz mit den Bolschewisten über die Weltrevolution auseinandersetzt. Der Fehler der Bolschewisten war nicht, wie Grimm meint, das Ueberschätzen der objektiven Voraussetzungen für die Revolution in Deutschland. Objektiv war die Situation reif. Die Bolschewisten unterschätzten aber die subjektive Unreife. Sie sahen nicht, wie stark die revisionistische Ideologie des Hineinwachsens in den Sozialismus in der deutschen Arbeiterschaft schon vor dem Krieg war, und wie wenig die Burgfriedenspolitik geeignet war, die subjektiven Voraussetzungen für die soziale Revolution zu schaffen.

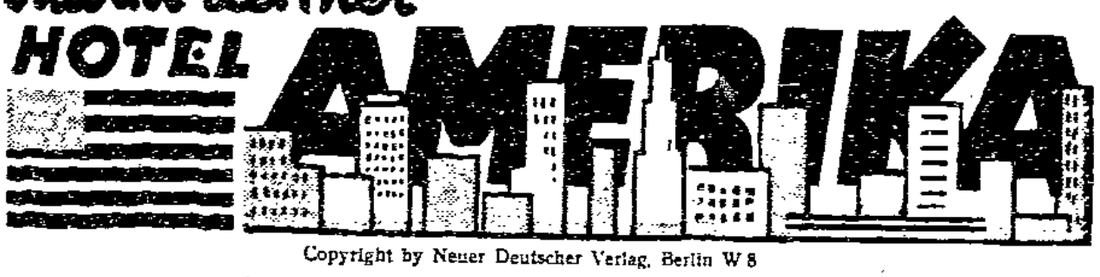
Gertrud Düby.

„Die Rote Reihe"

Eine rühmliche Idee: sozialistische Schulung durch Zwanzig-Pfennig-Hefte, die sich der Arbeiter selbst unter den heutigen Verhältnissen kaufen kann, hat der Mopr-Verlag (Berlin) unter dem obigen Titel verwirklicht. Geschildert werden Episoden aus den revolutionären Kämpfen des Weltproletariats und aus dem Leben sozialistischer Führer. Je 48 Seiten Umfang. Wirkungsvolle Aufmachung. Bisher erschienen: „Mit Lenin in Sibirien" von Koboyashi, und „Der 15. März 1928".

Allen proletarischen Familien als Weihnachtsgeschenk empfohlen! Sch.

Maria Leitner
HOTEL AMERIKA



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

1.

Shirleys Kopf hängt schräg aus dem schmalen Bett. Eine unbequeme Lage. Doch ihre schlafenden Züge sind von einem Lächeln belebt. Shirley hat angenehme Träume...

Sie tanzt und schwebt dahin auf einer Spiegelfläche, die tausendfach ihr Bild zurückwirft. Sie sieht sich so, wie sie es sich immer gewünscht hat: schön, strahlend, in einem wundervoll fließenden Kleid, geschmückt mit Steinen, die sich in allen Farben herrlich brechen.

Sie schwebt dahin am Arm eines jungen Mannes, der sie nun behutsam eine breite, glitzernde Marmortreppe hinabführt. Blumen leuchten an ihrem Wege.

Unten erwartet sie ein Auto — so groß, wie sie noch keines gesehen hat. Und Koffer sind hinten im Auto aufgetürmt! Sie haben die merkwürdigsten Formen; alle sind farbig, und Shirley weiß im Traum: sie sind voll gepackt mit den schönsten Sachen, die alle ihr, nur ihr gehören. Sie weiß, sie wird durch die ganze Welt jagen mit diesem Ungeheuer von Auto.

Shirley fühlt...: jemand hält ihren Kopf zwischen den Händen und flüstert leise ihren Namen. Sie lächelt. Sie wird geliebt...

Shirleys Kopf ruht wieder auf dem Kissen. Ihr Name dringt jetzt lauter in sie.

„Shirley, du mußt aufstehen, du kommst zu spät zur Arbeit."

Sie möchte weiterträumen, will nichts hören von der Außenwelt, aber von allen Seiten rütteln die Geräusche an ihr — sie muß die Augen öffnen.

Zuerst sieht Shirley eine große starke Hand, die sich warm und ein bißchen rauh auf ihrem Arm gelegt hat, eine Hand mit vielen dicken Adern und einer von Lauge zerfressenen Haut. Die Hand streichelt leicht ihren Arm. Sie muß aufblicken und in das breite, ruhige Gesicht ihrer Mutter sehen.

Celestina trägt ein blauweiß gestreiftes Arbeitskleid, das die Art ihrer Beschäftigung hier im Hotel errät; sie ist Scheuerfrau. Wieder flüstert sie Shirley aufmunternd zu.

„Komm, du must machen, daß du aus dem Bett kommst. — So ein Faulpelz!"

Wenn Shirley erwacht, ist das fast immer ihr erster Anblick: die Mutter, die an ihrem Bett sitzt und sie aus dem Bett zu jagen versucht.

Aber sie möchte weiterträumen und nicht dieses Zimmer sehen. Wie gut sie es kennt, wie sie es haßt!

Erst sieht sie die Fahnenstange auf dem flachen Vorsprung des Daches. Bei starkem Wind knarrt die Stange, und Shirley hat dann das Gefühl, als flöge das Zimmer wie der Raum eines Luftschiffes zwischen den Wolkenkratzern. Sie scheinen ganz nahe zu sein. Manche der Gebäude sind wie mächtige Berge, andere, die schmalen weißen Türme, ragen wie übergewaltige Eisblöcke in die Luft.

Das Zimmer ist sehr hell, hier im höchsten Stockwerk des Hotels Amerika. Der Trakt des Personals befindet sich in einem abseits gelegenen Teil des Dachgeschosses, fern vom pompösen Dachgarten.

Shirleys Augen kehren zurück von den Wolkenkratzern. Dicht neben dem Fenster bemerkt sie die alte Nanny, die älteste Scheuerfrau des Hotels. Auch diesen Anblick ist sie gewöhnt. Immer, wenn Shirley erwacht, sitzt Nanny da, aufrecht, mit steifem Rücken, als wäre sie aus Holz geschnitzt, aus einem dunkelbraunen, sehr harten Holz. Sie hält eine Tasse in der Hand und tunkt von Zeit zu Zeit langsam ein Stück Brot in den Tee. Nanny kocht schon um vier Uhr morgens ihren Tee und sitzt nun da, den Teetopf in der Hand und wartet auf das Klingelzeichen, das sie zur Arbeit ruft. Dann erwacht sie erst wirklich. Nanny ist schon fünfzig Jahre Scheuerfrau, aber immer noch kann sie arbeiten; wie eine Maschine reibt und wischt und wringt und bürstet sie. Nach der Arbeit wird ihr Körper wieder hölzern: dann sitzt sie, wie jetzt, bewegungslos und starrt auf die Wolkenkratzer.

Shirleys Blicke fallen auf Patrizia. Jeden Morgen bietet auch diese Zimmergenossin den gleichen Anblick. Sie kniet, Gebete flüsternd, vor ihrer Kommode, auf der sich Heiligenbilder und eine Photographie des Papstes befinden. Shirley kann die großen Füße in den ausgetretenen, schiefen Schuhen sehen und den dünnen kleinen Haarknoten, der etwas verrutscht auf ihrem Kopf sitzt. Und jeden Morgen dringen die gleichen sägenden Laute aus der Richtung des Bettes, in dem das Nachtstubenmädchen Bessie, erlöst von der Arbeit und von einem alten Panzerkorsett, zufrieden ihre Leibesfülle ergießt.

Celestina möchte Shirley wieder daran erinnern, daß es Zeit sei, aufzustehen, aber sie wagt es nicht.

So kalt, so voll Haß wandern die Augen Shirleys weiter.

Sie prüfen jetzt das Bett. Die Wäsche ist zerrissen. Das Personal auf der letzten Stufe in der Rangfolge der Angestellten bekommt Bettzeug, das nicht mehr ausgebessert werden kann. Die aufgerissene Matratze zeigt die Seegrasfüllung durch zerrissene Laken. Das Polster, hart wie Stein, blickt gleichfalls neugierig aus dem Ueberzug. Das Gestell des schmalen Bettes, das auf kleinen Rädern steht, ist verbogen.

Shirley muß lachen, wenn sie dieses Bett sieht, aber es ist ein hartes, ein bitteres Lachen. Im Zimmer hat sie nur auf dieses Bett und auf ein Fach des eisernen Schrankes ein Anrecht. Die Kommode dürfen nur die beiden ältesten Mitbewohnerinnen, Nanny und Patrizia, benutzen. Bessie hat einen Schaukelstuhl, in den sie sich nur mit Schwierigkeiten hineinzwängen kann; Celestina verfügt über einen kleinen Tisch.

Shirley muß sich schütteln. Hier hatte sie nun sechs Jahre lang gelebt!

Unter den Betten lagern dicke Staubflocken. Schaben wandern, trotz der Helligkeit, gemächlich umher. Kein Wunder! Das Personal hat wohl eine eigene Bedienung — jedoch eine Frau reinigt hundert Zimmer in sieben Stunden! Keine der Bewohnerinnen aber hat Lust, wenn sie von der Arbeit kommt, das Zimmer noch selbst in Ordnung zu bringen. Wozu? Und dann muß man noch um Besen betteln und um Scheuerlappen. Wozu? Hier ist ja nur der Trakt des Personals. Hier kann es schmutzig sein, hier darf es dreckig bleiben.

Shirley setzt sich plötzlich auf, verschränkt die Arme über dem Kopf und jauchzt: „Heute der letzte Tag, Gott sei Dank, der letzte Tag!"

Alle blicken sie erstaunt an, sogar Patrizia wendet den Kopf von den Heiligen zu ihr.

Celestina aber ist erst ganz starr, sie begreift nicht, worauf Shirley abzielt. Hat ihre Tochter etwas vor, was sie ihr nicht verraten will, verheimlicht sie etwas vor ihr?

Die Mutter beugt sich über Shirley, sie dringt in sie. „Was willst du denn tun, Shirley? Glaubst du, ich weiß nicht, du hast es schwer hier, daß ich dir nicht etwas Besseres gönne? Du kannst mir doch sagen, was du vorhast?"

Shirley bedauert schon, daß sie gesprochen hat. Sie hatte sich fest vorgenommen zu schweigen; nun, mehr wird man aus ihr nicht herausbekommen.

„Ich habe das nur so ohne Sinn hergesagt."

(Fortsetzung folgt)

SAP Der tägliche Vormarsch

In Mylau i. V. konnte in der letzten Mitgliederversammlung ein Ansteigen der Mitgliederzahl auf 170 Genossen festgestellt werden. Der Schutzbund zählt allein schon 120 Mitglieder.

In dem kleinen Orte Kaina bei Zeitz wurde trotz Notverordnung eine SAP-Ortsgruppe gegründet, der sich sofort eine größere Anzahl von Genossen anschlossen, darunter ein Gemeindeverordneter.

In Offenbach a. M. wurde eine starke Ortsgruppe des SJV ins Leben gerufen.

Einbruch ins Waldenburger Gebiet

In Freiburg in Schlesien ist trotz Mobilisierung zweier sozialdemokratischer Parteisekretäre die Grundlage zu einer Ortsgruppe gelegt. Im schlesischen Hungergebiet hat die SAP guten Boden.

Auch im Norden geht es vorwärts

Die am 27. November mit 22 Genossen gegründete Ortsgruppe Flensburg war am 3. Dezember bereits auf 60 Genossen angewachsen. Täglich kommen neue Mitglieder. Auch eine SJV-Gruppe ist gegründet.

Kampf um „Wahlreform"

Obstruktion der Linken in der französischen Kammer

Paris, 17. Dezember

Die Kammer ist am Mittwoch um 22 Uhr in die Aussprache über die Wahlreform eingetreten. Gleich zu Beginn der Sitzung nahm die Linksopposition ihre angekündigte Obstruktion auf. Der sozialistische Abgeordnete Frossard kündigte im Namen seiner Parteifreunde an, daß sie jedes Mittel benutzen würden, um die Absichten der Regierungskoalition zu durchkreuzen. Wenn es nötig sei, so wurde von rechts erwidert, so werde man nicht davor zurückschrecken, die Sitzung auf 20 Tage und 20 Nächte auszudehnen.

Um Mitternacht begann die Abstimmung über die von den Sozialdemokraten eingebrachten Vorbehalte gegen das Wahlreformgesetz. Sie wurden mit 240 gegen 231 Stimmen abgelehnt. Um 1 Uhr wurde die Aussprache unter andauerndem Tumult fortgesetzt. Unter dem Druck der Ermüdung einigte man sich auf Antrag schließlich dahin, die Sitzung auf Donnerstag 10 Uhr vormittags zu vertagen.

Die sog. Wahlreform sieht die Aufhebung des Zweiten(Stich-)Wahlganges vor, so daß der mit relativer Mehrheit gewählte Kandidat das Mandat erhielte. Die Rechte will so ein Wahlkartell der Linken — Sozialisten und Radikale — für die Stichwahl verhindern und hätte damit beste Aussichten in verschiedenen Bezirken ihre Kandidaten durchzubringen.

Freiheitskampf in Bulgarien

Studenten gegen Zankoff

Sofia, 16. Dezember.

Am Mittwoch kam es in Sofia zu schweren Studentenunruhen. Etwa 2000 Studenten, darunter viele Kommunisten, lärmten seit den frühen Morgenstunden in der Universität, auf den Straßen und auf dem Platz vor der Sobranje und forderten

die Einstellung der Vorlesungen des früheren Ministerpräsidenten, Professor Zankoff, sowie dessen Entfernung aus dem Lehrkörper.

Vor dem Parlament trat der Menge ein starkes Polizeiaufgebot entgegen. Auch Wasserspritzen wurden eingesetzt, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Bei den Zusammenstößen gab es etwa 20 Verwundete durch Säbelhiebe. Abgeordnete der Bauernpartei unterstützten die Studenten durch Ansprachen. Schwere Kämpfe spielten sich auch innerhalb der Universität zwischen Kommunisten und nationalistischen Studenten, die Zankoff verteidigten, ab. Dabei wurde die Einrichtung eines Hörsaales zertrümmert. Auch hierbei gab es auf seiten der zankofftreuen Studenten mehrere Verletzte, die von kommunistischen Studenten im Triumph durch die Straßen getragen wurden. (Muß betont werden, daß für die schwerindustrielle Telegraphenunion alles „Kommunist" ist, was nicht auf's Hakenkreuz schwört? Red.)

Terror in Indien

5 Todesurteile

Rangun, 15. Dezember

Das Sondergericht in Thayetmyo, das sich mit dem kürzlichen Aufstand in Birma befaßt, hat heute weitere fünf Rebellen zum Tode und sieben zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt. Ein Jugendlicher wurde freigesprochen, ein anderer einem Besserungsinstitut überwiesen.

Zusammenstöße in London. Am Dienstag nachmittag fand in London eine große Kundgebung von Arbeitslosen statt, an der sich etwa 4000 Arbeitslose beteiligten. Die Arbeitslosen trugen rote Fahnen und sangen die Internationale. Sie marschierten über die Westminster-Brücke und drangen vor das Rathaus. Es kam zu mehreren Zusammenstößen mit der Polizei. Die Demonstranten wurden mit Hilfe berittener Polizei zerstreut.

Der Schutzbundprozeß in Bremen

Nazifreundliches Gericht

Neue Zusammenstöße mit der Verteidigung

(Eigener Drahtbericht)

Bremen, 17. Dezember.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt. Der Zeuge Segczik ist von der Nazi-Verteidigung eigens als Kronzeuge dafür benannt, daß er gehört haben soll, wie ein Reichsbannerführer den Befehl zum Angriff gegeben haben soll. Der Zeuge weiß von nichts, er ist am fraglichen Abend gar nicht in der Nähe des Tatortes gewesen.

Bei der Vernehmung des SA-Mannes Stork kommt es zu einem

neuen schweren Zusammenstoß mit der Verteidigung.

Auf präzise Fragen des Genossen Rosenfeld verweigert der Zeuge die Antwort. Der Nazi-Verteidiger unterbricht den Fragesteller, er nennt seine Fragestellungen „Wortklauberei".

Der Vorsitzende weigert sich, den Genossen Rosenfeld gegen derartige Anpöbeleien zu schützen.

Zeuge Hübner hat einen Trupp von Reichsbannerleuten, verfolgt von Nazis, in der Kaiserstraße gesehen. In der Bornstraße sah er einen Mann, der am Kopf verletzt war, mit einem blutigen Messer, der plötzlich verschwand. Es handelt sich um den erstochenen Decker. Auf die Frage des Genossen Rosenfeld erklärt er, nicht zu wissen, zu welchen von beiden Gruppen dieser Mann gehörte. Auf die gleiche Frage des Nazi-Verteidigers Dr. Freißler, erklärte er, es sei kein Nazi gewesen. Genosse Rosenfeld besteht auf der Klärung dieser Frage, denn er kann sowohl von SA-Leuten, die ihn für einen Gegner hielten, als auch von der Gegenseite erstochen sein. Auf seinen Antrag stellt das Gericht fest, daß dem verstorbenen Decker von dem Parteisekretär Pfeifer der Austritt aus der NSDAP bescheinigt worden ist.

Die Austrittserklärung ist aber von Decker nur zum Schein abgegeben worden. Die Vermutung liegt nahe, daß Decker ein Doppelspiel getrieben hat, so daß er in den Reihen der SA-Leute als Verräter gelten konnte. Das ist deshalb von Bedeutung, weil daraus Schlüsse auf die Täterschaft zu ziehen sind. Genosse Rosenfeld beantragt die Vernehmung des Parteisekretärs Pfeifer. Darüber kommt es

zu einem neuen Zusammenstoß.

Der Nazi-Anwalt widerspricht und erlaubt sich Anspielungen auf Barmat und Sklarek, von denen das Gericht aber keine Notiz nimmt. Auf Verlangen des Genossen Rosenfeld wird der Gerichtsbeschluß verkündet, daß in den Ausführungen Dr. Freißlers eine Schärfe enthalten war, die Rechtsanwalt Rosenfeld als gegen sich gerichtet erkennen konnte. Der Vorsitzende bittet, alle Schärfen zu unterlassen. Rechtsanwalt Müller erklärt, daß weder Sklarek noch Barmat Mitglieder des Reichsbanners waren. Darauf erklärt Dr. Freißler, daß die Windjacken des Reichsbanners von den Sklareks bezogen seien. Das Gericht schreitet auch gegen diese Bemerkung nicht ein.

Genosse Rosenfeld beanstandet die Prozeßführung. Das Gericht zieht sich zur Beschlußfassung zurück und erklärt nach Wiedereintritt,

das Gericht billige die Geschäftsführung des Vorsitzenden.

Bei der Vernehmung des Zeugen Winkel offenbart sich wiederum die Parteinahme des Vorsitzenden. Der Zeuge ist beschuldigt, den Nazis einen Wink gegeben zu haben, der Polizei zu folgen. Genosse Rosenfeld verlangt von dem Zeugen Aufklärung darüber, was dieser Wink zu bedeuten hatte. Der Vorsitzende versteht es wieder, dem Zeugen das Stichwort zu geben, das dieser geschickt aufgreift, um sich aus der Enge, in die er getrieben ist, wieder herauszuziehen. Er hat zuerst zu Protokoll gegeben, von 80 Personen seien 50 Nazis gewesen, jetzt beschuldigt er seinen Vernehmungsbeamten, das Protokoll, das er selbst unterschrieben hat, sei nicht richtig geführt. Genosse Rosenfeld beantragt, den Beamten zu laden.

Es folgt die Vernehmung des Vorsitzenden der Bremer Ortsgruppe der SAP,

Genossen Stockinger.

Er war am Abend des 9. November Referent in der Versammlung, in welcher der Sozialistische Schutzbund gegründet wurde. Während seines Referates drang das Gerücht in die Versammlung, die Nationalsozialisten hätten die Eingänge der Stadt besetzt, das Friedrich-Ebert-Haus umstellt und auch das Haus des Reichsbannerführers von Bremen umringt.

Daraufhin setzte er sich mit dem Reichsbanner in Verbindung

und stellte fest, daß die Nationalsozialisten sich vielfach in der Stadt zeigten und in geschlossenen Zügen durch die Straßen marschierten. Der Zeuge sah sogar, daß sie im Laufschritt eine Straße passierten. Dann kam der Polizeiüberfallwagen vor das Haus, in dem die Schutzbundversammlung stattfand, und die

Beamten schlugen auf die Schutzbündler ein,

ohne daß diese auch nur das geringste getan hätten. Es lag offenbar eine Verwechslung der Schutzbündler mit denjenigen Personen vor, die irgendwo in der Stadt an den Zusammenstößen zwischen Reichsbanner und Schutzbund teilgenommen hatten. Auf Befragen des Genossen Rosenfeld fügte der Zeuge hinzu, daß die Nationalsozialisten an jenem Abend sich provokatorisch benommen hätten. Die Stimmung der Bremer Arbeiterschaft ist in hohem Maße erregt gewesen, und man habe an diesem Abend irgend etwas von den Nationalsozialisten erwartet. Die Arbeiterschaft habe sich nur dagegen schützen wollen, von den Nazis überfallen zu werden. Schließlich schilderte der Zeuge die menschenunwürdige Behandlung, denen unsere Schutzbündler nach der Verhaftung ausgesetzt waren.

Sie konnten sich die ganze Nacht hindurch nicht einmal setzen, und es wurde ihnen auch keine Schlafgelegenheit angeboten. Sogar die Unterhaltung untereinander wurde ihnen verboten.

Trotz Widerspruchs des Verteidigers der Nationalsozialisten wurde Genosse Stockinger vereidigt.

Dann wurden einige Nationalsozialisten vernommen, bei deren Aussage wieder charakteristisch war, daß sie nichts mehr von dem wußten, was sie früher Belastendes über ihre eigenen Genossen gesagt hatten. Genosse Rosenfeld wies den Nationalsozialisten Trint auf die Widersprüche in seinen verschiedenen Aussagen hin, worauf Rechtsanwalt Freyßler seine Nazi-Parteigenossen damit zu entschuldigen suchte, daß er angesichts des großen Terrors unrichtige Angaben gemacht habe. Das Gericht beschloß, diesen Zeugen nicht zu vereidigen. Ein anderer Nationalsozialist namens Prinken verwickelte sich ebenfalls in Widersprüche, die ihm vom Genossen Rosenfeld vorgehalten wurden. Als dieser den Zeugen zu fragen begann, erklärte er, er weigere sich, dem Rechtsanwalt Rosenfeld überhaupt eine Antwort zu geben, da er als Zeuge nicht dazu verpflichtet sei. Erst der Vorsitzende mußte ihn belehren, daß er Antwort zu geben habe. Trotz des Widerspruchs der Verteidiger unserer Schutzbündler wurde der Zeuge vereidigt.

Die Verhandlung dauert an.

Die Wirtin der SA-Kameraden

Die Zeugenvernehmung im Nazi-Mordprozeß

In der Donnerstagverhandlung des Nazimordprozesses in der Hufelandstraße wurde als Zeugin für die Behauptung, daß ein vorbereiteter Schlag gegen den Schneiderschen Laden geplant war, Frau Wirt, eine Frau von vierzig Jahren, vernommen. Sie stand zu „ihren SA-Kameraden" in kameradschaftlichem Verhältnis. Die SA-Leute kamen zu ihr natürlich nur, „um 'ne Stulle zu essen." Bei ihrer Silvesterfeier hat sie „natürlich" nicht bemerkt, daß Becker an einem Revolver in ihrer Küche hantiert hat, auch nicht, daß er die Waffe mit ihrem Handwerkszeug bearbeitet hat. Sie will auch nicht in den Hausflur gerufen haben: **„Jungens zielt gut, die Roten müssen runter."** Es wird in einem anonymen Brief eines SA-Mannes, der nicht genannt sein will, weil er sonst „umgelegt" würde, noch behauptet, daß Frau Wirt dem Hanschke eine Schußwaffe zugesteckt habe, was die Zeugin natürlich auch bestreitet. Frau Wirt soll sich ferner in einer Nazi-Versammlung gerühmt haben, daß sie die Polizei schön angeführt habe, „unter **ihrem Tannenbaum auf dem Balkon habe sie die Waffe versteckt"**, ferner hat sie eine Sammlung veranstaltet, um Hanschke zur Flucht zu helfen. Wenn man noch hinzunimmt, daß Erika Wirt Empfängerin des Kassibers von Hanschke ist, so scheint ihre Mitwisserschaft und Begünstigung des Verbrechens so wahrscheinlich, daß auch das Gericht zu der Ansicht kam,

sie nicht zu vereidigen.

Der SA-Führer Protsch weiß angeblich nicht mehr, ob er nach der Tat noch mit einem der Angeklagten gesprochen hat. Daß er Becker gesehen hat, hält er für unwahrscheinlich. Ob er diesem Geld gegeben hat, weiß er nicht mehr!!! Aehnliche Angaben macht auch der SA-Führer Krause, der aus der NSDAP wegen der Stennesrevolte ausgeschlossen wurde, der im übrigen sehr provozierend gegen den Vertreter der Nebenklage polemisiert. Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Nazis Scheffel und Protsch bleiben wegen Verdachtes der Mittäterschaft bzw. der Begünstigung ebenfalls unvereidigt. Auf die Ladung der Zeugen Stennes, Janson, Prüfke und Scheiber (Mecklenburg), die alle in die Unterstützung der Flucht verwickelt und zum Teil erheblich belastet sind, wurde leider von RA. Joachim, dem Vertreter der Nebenklage, verzichtet. Freitag beginnen die Plädoyers. Das Urteil ist für Montag zu erwarten.

Flüchtiger Direktor der Creditanstalt verhaftet. Nach einer Meldung aus Lissabon wurde dort am Sonnabend der frühere Direktor der Creditanstalt, Fritz Ehrenfest, auf Grund eines österreichischen Steckbriefes von der Hafenpolizei verhaftet, als er sich an Bord eines Ueberseedampfers begeben wollte.

Steigende Arbeitslosigkeit in Wien

Wien, 16. Dezember.

Der Stand der unterstützten Arbeitslosen in Wien ist in der ersten Hälfte des Monats Dezember um 9510 auf 106 406 gestiegen. Damit ist der Stand um 11 000 höher als im Vorjahr, in welchem in der gleichen Zeitperiode ein Steigen um 6 967 zu verzeichnen war.

Arbeitslosenkongreß in Wien aufgelöst. Wie die Polizeikorrespondenz meldet, ist ein am Montag in Wien eröffneter Erster Wiener Arbeitslosenkongreß, dessen Einberufer ein Kommunist ist, wegen des die öffentliche Ordnung bedrohenden Charakters der Veranstaltung von der Polizeidirektion aufgelöst worden.

Brünings große Offensive

Jetzt aber, Du, Du wirst schon sehen, was Du sehen wirst, Du böser Bub!

(Aus dem sozialistischen „Populaire".)

Sportschau der SAZ

Was bringt der Sonntag?

Freundschaftsspiele im Vogtland

Zwar ist das Wetter jetzt nicht dazu angetan, viel Publikum auf die Plätze zu locken, wohl aber tun es die Freundschaftsspiele, die am Sonntag ausgetragen werden. Im Vordergrund steht vor allem die Frage, wie sich die beiden Ortsrivalen Spielvereinigung 23-Lauterbach trennen werden. Das Spiel beginnt um 14 Uhr und wird in Oelsnitz ausgetragen. Auf dem Eintrachtplatz beginnt um 14.30 Uhr ein Spiel Eintracht-Elsterberg. In Ellefeld sind Gäste aus dem 6. Bezirk, und zwar die Planitzer Mannschaft. Das Spiel beginnt um 14 Uhr. Weiter spielen um 14 Uhr Wacker gegen Raschau und Kürbitz gegen Falkenstein. Zur gleichen Zeit beginnt auch ein Serientreffen zwischen Rempesgrün und Auerbach.

In der 2. Klasse spielen: Hasselbrunn—Spielv. 23 (14), Wacker—Pausa (5. Kreis), Rempesgrün—Auerbach, Eintracht—Elsterberg, Ellefeld—Planitz, Kürbitz—Kleinfriesen (alle fünf Spiele beginnen um 12.30). Kürbitz 3—Kleinfriesen 3 (10.45), Eiche 5. Abtl. Altersm.—Spielvereinigung 23 3 (10.30), Eiche 5. Abtl. Jgd.—Raschau Jgd. (11), Haselbrunn Knaben—Eiche 5. Abtl. Knaben (13).

Handball

Haselbrunn Kn.—Haselbrunn Jgd. 9.00; Schiri Gen. Gündel. Haselbrunn 3—Schwimmer 2 14.30; Schiri Gen. Schmidt. 3. Abtl. I —Schwimmer 1 10.00; Schiri Gen. Wolf. 4. Abtl. I—1. Abtl. I 9.30; Schiri Gen. Schaller.

Im sächsischen Kohlenrevier

Im Fußball

werden Sonntag zwei Abstiegsspiele ausgetragen. Cainsdorf—Werdau treffen sich um 11 Uhr in Oberhohndorf, Mylau—Pöhlau um 14 Uhr auf dem Zwickauer Südplatz. Zu Bezirksmeisterschaftsspielen der zweiten Klasse treffen sich: Crimmitschau II—Reinsdorf II um 9 Uhr in Oberhohndorf; Reichenbach III gegen Zwickau-Süd III auf dem Süd-Platz um 9 Uhr; Vielau—Zwickau Süd (½11 Uhr); Reinsdorf—Oberhohndorf (14 Uhr); Zwickau gegen Reichenbach (14 Uhr), Fichte; Marienthal—Crimmitschau (14.30 Uhr); Steinpleis—Härtensdorf (14.30 Uhr); Zwickau-Nord I—Niederhaßlau II a (14 Uhr); Oberhohndorf II gegen Bockwa I (14 Uhr); Friedrichsgrün I gegen Wilkau II a (11 Uhr); Cainsdorf II—Grün I (½11 Uhr); Zwickau II—Schönfels I (12.30 Uhr), Fichte; Lichtentannel—Wilkau II (14 Uhr); Marienthal III—Crimmitschau III (13 Uhr); Vielau II—Zwickau-Süd II (9 Uhr); Ebersbrunn II—Naßlau II b (10 Uhr); Mülsen Niclas II—Oberhohndorf III (14 Uhr); Steinpleis II—Härtensdorf II (13 Uhr); Pöhlau III gegen Ebersbrunn III (10 Uhr), Fichte.

Jugend: Planitz—Wilkau (14 Uhr); Neukirchen—Glaichau (½10 Uhr); Marienthal—Crimmitschau (10 Uhr); Vielau—Zwickau-Süd (12 Uhr); Werdau—Netzschkaum (11 Uhr); Zwickau—Cainsdorf (11.30 Uhr); Marienthal gegen Crimmitschau (10 Uhr); Mülsen Niclas gegen Oberhohndorf (13 Uhr).

Knaben: Vielau Zwickau-Süd (13 Uhr); Planitz—Wilkau (13 Uhr); Reinsdorf—Marienthal (13 Uhr).

Handball im 6. Bezirk.

Planitz I—Turner Crimmitschau I (11 Uhr); Cainsdorf I—Wilkau II (14.30 Uhr); Leubnitz I gegen Schedewitz I (14 Uhr); Friedrichsgrün I gegen Lichtentanne I (15 Uhr); Planitz II—Turner Crimmitschau II (10 Uhr).

Jugend: Planitz—Turner Crimmitschau (9 Uhr); Cainsdorf—Wilkau (13.30 Uhr); Friedrichsgrün—Lichtentanne (14 Uhr).

Die Handballmeister der Oberlausitz

1. Klasse: Leutersdorf 1.
2. Klasse A-Gruppe: Ebersbach 1.
2. Klasse B-Gruppe: Demitz-Thumitz 2.
3. Klasse: Neugersdorf 2.
Spielerinnenklasse: Leutersdorf 1.
Jugendklasse: Demitz-Thumitz 1. Jugend.

Faustball

1. Klasse: Cunewalde 1.

Trommelball

1. Klasse: Leutersdorf 1.

Der Thüringer Meister spielt ... Burgstädter Bezirk

Taura—Rositz (14.30) ist eine Paarung, die allerhand Beachtung bedarf und mit aller Bestimmtheit auch finden wird. Die Gäste sind Meister des gesamten Thüringer Kreises. Burgstädt wird auch gegen Röhrsdorf siegen wollen (10). Während das Treffen der beiden Nachbarn Berthelsdorf—Wechselburg ein heißer Kampf werden wird (14.30). Rußdorf wird gegen Glösa diesmal bestimmt siegen wollen, hingegen Röhrsdorf 3 von Lunzenau 1 bestimmt „überfahren" werden (14.30). Rochsburg—Tauscha, hier steht das Resultat noch völlig offen. Mohsdorf muß gegen Altmittweida 2 aufpassen (14.30).

Rheinisches Industriegebiet

Die Freien Schwimmer Düsseldorf 1 b tragen ab 15 Uhr auf dem Kartellsportplatz gegen Gerresheim I ein Spiel aus, daß sie knapp gewinnen könnten. — In Krefeld findet das Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft statt. Die Gegner heißen Fischeln Krefeld I und Schwarzgelb Düsseldorf 1. Vorher steigt ein Städtespiel Krefeld-Düsseldorf.

Vom „edlen deutschen Schneesport"

Man braucht eigentlich kein Wort darüber zu verlieren. Es ist hinlänglich bekannt, daß der Sport, auch der Wintersport, wie ihn die Bourgeoisie betreibt, ein Gemisch von Rekordtreiberei, Zechgelagen und Tanzbodenideologie ist.

Da fällt mir dieser Tage der Wintersport-Prospekt von Winterberg in die Hände, in dem der Sauerländische Schi-Klub seine Veranstaltungen im Winter 1931/32 anzeigt, und darin ist denn zu lesen:

31. 12. 31. Abends Silvestertrubel in sämtlichen Lokalen. — Immerhin, da der Schluß des alten Jahres seit Jahrhunderten unter Alkohol gesetzt wird, wollen wir darüber hinwegsehen. Aber weiter:

27. 1. 32. Abends Ski- und Schlittenlampionfahrt zum Asten mit Feuerwerk am Ehrenmal. Wohlgemerkt, am 27. 1. Hätte man doch lieber geschrieben Kaiser-Geburtstagsfeier, das wäre ehrlicher gewesen. Doch es kommt noch besser:

7. 2. 32. Kostüm-Schauspringen, abends Karnevalstrubel im Schützenhaus.

8. 2. 32. Kappenfahrt zum Asten.

9. 2. 32. Fastnachtstrubel auf der Eselswiese. (Bitte keine Rückschlüsse. D. Red.)

Auf einer anderen Seite des Prospektes steht: „Der Schneesport ist ein edler und gesunder Sport." „Edel" und „gesund" passen gut zum Karnevalsrummel. Nun, man kann nichts anderes von dieser Sorte „Sportsleuten" verlangen, aber immer noch gibt es Proletarier, die sich dabei wohlfühlen.

Heraus aus den bürgerlichen Sportverbänden! Stärkt die proletarischen Sportorganisationen.

C. Di.

Turn- und Sportverein Wilkau E. V. Sonntag, den 20. Dez., vormittags 10 Uhr, in der Sporthalle Sitzung des Vereinsrats und der Techniker.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich 0,60 RM einschl Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch ____________ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: ____________
Wohnort: ____________
Straße: ____________

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Schwimm-Uebungsstunde des 6. Sächsisch Bezirks

Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig. Es waren 28 Mitglieder da, u. a. drei Frauen und ein Kind. Nicht vertreten waren die Vereine Mülzon, Niclas, Neumark, Mylau und Kirchberg. Folgende Wasserballspiele wurden ausgetragen: 1. Jgd. Zwickau-Komb. Männer-Bezirk (Werdau, Planitz, Crimmitschau u. Wilkau). Das Spiel endete 6 : 5 (3 : 2) für die Jugendmannschaft. Das Haupttreffen war das Serienspiel Wilkau 1—Zwickau 1, das Zwickau mit 7 : 0 (2 : 0) glatt für sich entschied. Die erste Halbzeit war [illegible] Regelverstöße ziemlich zerrissen. Nach Wechsel spielte Wilkau stark auf Erfolg, jedoch verhinderten mangelnde Kombination und Fehlschüsse alles. Die B-Klasse-Mannschaften traten nicht an.

Organisations-Nachrichten

Achtung, Kraftfahrer! SAP Genossen von Kraftag treffen sich Sonnabend, 19. 12., 20 Uhr, im Lokal Schneider, Engelufer neben dem Gewerkschaftshaus.

SJV Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes

Heute, Freitag, den 18. Dezember, 19.30 Uhr

Baltenplatz: Heim Tilsiter Str. 4—5. Lichtbildervortrag.

Charlottenburg „Karl Liebrecht": Heim Kaiserin-Augusta-Allee 97. Sozialistische Kultur- und Lebensfragen.

Friedrichshain „Rosa Luxemburg": Wir beteiligen uns am Gruppenabend von Baltenplatz. Lichtbildervortrag.

Gesundbrunnen: Schule Pank- Ecke Wiesenstraße, Zimmer 11. Tagespolitik.

Hansa: Heim Schleswiger Ufer 16. Schulfaschismus.

Köpenick „Roter Aufbau": Tagespolitik.

Mitte „Rote Pioniere": Heim Elisabeth-Kirch-Straße 19. Aufgaben der Pioniere.

Neukölln I: Heim Mahlower Straße. Tagespolitik.

Neukölln II: Heim Mahlower Straße. Tagespolitik.

Neukölln III: Heim Schule Herzbergplatz. Tagespolitik.

Schönhauser Viertel „Paul Levi": Heim Volksspeisehalle Gormannstraße 37. Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Referent: Genosse Curt Keck.

Siemensstadt: Sonntag, 20. Dezember beteiligen wir uns an der Schnitzeljagd der Freien Schwimmer. Treffpunkt 9 Uhr bei Marsand.

Westen: Heim Genthiner Straße 17. Tagespolitik.

Wedding: Heim Seestraße 81. Tagespolitik.

Wilmersdorf: Heim Wilhelmsaue. Der Reformismus.

Aktionsbezirk Nordost: Alle Genossinnen und Genossen, welche sich für eine Spieltruppe interessieren, kommen heute 20 Uhr nach der Prenzlauer Allee 21. — Morgen: Kursus „Das kommunistische Manifest". Referent: Genosse Seigewassel.

Die Roten Falken:

Schönhauser Viertel „Paul Levi". Heim Sonnenburger Straße 20. Buntes Allerlei.

Mitte „Rote Pioniere": Heim Elisabethkirchstraße 19. Aufgaben der Pioniere.

Charlottenburg: Die Heimabende Charlottenburg-Mitte finden nicht mehr Spreestraße 39 statt, sondern an bekannter Stelle.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2304

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.40 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 158 928.

Schenkt Leiser-Kleider
ZITTAU WEBERSTR. 1
Stets überragend gut – stets überragend billig!

Volksbühne Theat. a. Bülowpl. D 1, Norden 2946
8 Uhr: Die Großherzogin von Gerolstein

Stärkt den Presse Fonds

3 wichtige Broschüren!
Dr. Wilhelm Appens:
Charleville
Dunkle Punkte aus dem Etappenleben
Kartoniert **40** Pfg.
Edo Fimmen:
Weltfriede und Arbeiterbewegung
(Die Aufgaben der Gewerkschaften)
Kartoniert **10** Pfg
Soeben erschienen:
Wer war Schlageter?
Kartoniert **20** Pfg
Der neue pazif.-sozial. Bücher-Katalog wird an Interessenten kostenlos geliefert
Zu beziehen durch die Buchhandlung der
Deutschen Friedensgesellschaft
Bund der Kriegsgegner Berlin W 57
Bülowstr. 105 Postscheckkonto Berlin 115 [illegible]

Oberlausitz
Ein **Photo-Apparat** das schönste Geschenk
große Auswahl
Drogerie Behnisch
Ebersbach i. Sa., Hauptstraße

Photo-Apparate
nur im Spezialgeschäft
PHOTO HACKER
ZITTAU, Linden-Ecke Bautzner Str.

Schreibmaschinen u. sämtl. Zubehör Reparaturwerkstatt Vervielfältigungsbüro
Erwin Spielberger, Zittau, Bahnhofstr. 20

Weihnachten!
Zigarren, Zigaretten, Tabak auch in Präsentpackungen
Bruno Walde Ebersbach, Bahnhofstr.

Der preiswerte **Weihnachtsverkauf** hat begonnen!
Auf alle Artikel rücksichtslose **Preisherabsetzung**
Waren Sie Ihren Vorteil im Maß-u. Konfektionsgeschäft
Herb. Buder, Ebersbach i. S.

SWZ
Sozialistische Wochen-Zeitung
heute neu!

Arbeitersportler! liest die SAZ

Breslau
PROLETON
Achtung!
Erste Vorstellung 4.30 Letzte Vorstellung 8.30
Gabitzstr. 20-22 - Höfchenstr. 49
Vom 18. bis 23. Dezember
1. ERSTAUFFÜHRUNG:
ERDE
Manuskript und Regie: Alexander Dowshenko
Ukrainische Filmproduktion Wufku
Eine Sinfonie der Fruchtbarkeit — fotografisch ein Meisterwerk — wunderv. Naturaufnahmen — fabelhafte Volkstypen
2. HAI TANG
(Der Weg der Schande)
Regie: Richard Reichberg. Mit Anna May Wong, Franz Lederer, Hugo Werner-Kahle, Ley On
Der Leidensweg eines Chinesenmädchens
3. NEUESTE TÖNENDE WOCHENSCHAU
Im Varietéteil auf der Bühne:
4. EDGAR RALSEN
Der bekannte Vortragskünstl. m. seinem lustigen Repertoire
Für Jugendliche verboten!
Preise d. Plätze ab 60 Pf. - Erwerbsl. 50% ermäß.